



Für bessere Arbeitsbedingungen an der Tagesschule!

Migration und frühe Bildung

Sektion Zürich Lehrberufe

Regionalteil beider Basel

vpod
zürich

Pflichtlektion

GE

vpod basel lehrberufe



Eine neue Studie legt die schlechten Rahmenbedingungen für die Betreuungsarbeit an Tagesschulen offen. Im Kanton Waadt war eine Protestbewegung gegen einen weiteren Abbau der Ressourcen erfolgreich.

Arbeitsbedingungen Tagesschule

04 Neue Studie

An den Tagesschulen herrschen oft schwierige Rahmenbedingungen für die Betreuungsarbeit.

08 Mehr als Naseputzen und Basteln

Die Arbeit der ErzieherInnen in der familienergänzenden Betreuung.

10 Erfolgreiche Proteste gegen Abbau

Als in Waadt die Ressourcen für die Tagesbetreuung reduziert werden sollten, kam es zu massiven Protesten. Seitdem wird verhandelt.

Migration

12 Engagement ist bereichernd

Ein Gespräch mit dem pensionierten Lehrer Hugo Löffel, der afghanische Flüchtlinge begleitet.

13 Wege aus der Sackgasse

Vorschläge für den Umgang mit Migration über die nationalstaatliche Ebene hinaus.

Pflichtlektion Zürich

15 – 18 Das Mitgliedermagazin der Sektion Zürich Lehrberufe

- Für eine gesetzliche Verankerung des Musikunterrichts!
- Red for Ed – Frauenstreik 2019!
- Berufsverband Psychomotorik stellt sich vor
- 10ni-Pause

Frühe Bildung

19 Chancengleichheit ab Start

Eine Initiative für frühe Deutschförderung in Zürich ist gescheitert.

20 Erfolg durch Sesamstrasse

Vom Nutzen des Fernsehkonsums im Vorschulalter.

Aktuell

22 Bildung als Prozess

Von der Offenheit für Erkenntnis und der Suche nach einem Gleichgewicht.

23 Mann des Volkes und der Syphilis

Eine historische Biographie über den Ostschweizer Politiker Ulrich Baumann.

24 Rituale in der Schule

Die Kolumne des Vereins für eine Schule ohne Selektion VSoS.

26 Palmöl aus Indonesien

Ein Film über die Auswirkungen des Palmölbooms.

Region Bern

28 Löhne, Integration, Kultur

Ein Interview mit der neuen Erziehungsdirektorin Christine Häslar über Herausforderungen.

Basel Lehrberufe

29 – 30 Regionalteil beider Basel

- Lösung Tagesschulen
- Gute Arbeitsbedingungen für gute Bildung



Zeitschrift für
Bildung, Erziehung
und Wissenschaft

vpod bildungspolitik 210
März 2019

Ausgewählte Artikel der aktuellen Nummer der vpod bildungspolitik sind auch auf unserer Homepage zu finden. Jeweils zwei Monate nach Erscheinen sind die vollständigen Hefte als pdf abrufbar: vpod-bildungspolitik.ch

Impressum

Redaktion / Koordinationsstelle

Birmensdorferstr. 67
Postfach 8279, 8036 Zürich
Tel: 044 266 52 17

Fax: 044 266 52 53

Email: redaktion@vpod-bildungspolitik.ch

Homepage: www.vpod-bildungspolitik.ch

Herausgeberin: Trägerschaft im Rahmen des Verbands des Personals öffentlicher Dienste VPOD

Einzelabonnement: Fr. 40.– pro Jahr (5 Nummern)

Einzelheft: Fr. 8.–

Kollektivabonnement: Sektion ZH Lehrberufe; Lehrberufsgruppen AG, BL, BE (ohne Biel), LU, SG.

Satz: erfasst auf Macintosh

Layout: Sarah Maria Lang, Brooklyn

Titelseite Foto: Valdemar Verissimo

Druck: Ropress, Zürich

ISSN: 1664-5960

Erscheint fünf Mal jährlich

Redaktionsschluss Heft 211:

18. März 2019

Auflage Heft 210: 3000 Exemplare

Zahlungen:

PC 80 - 69140 - 0, vpod bildungspolitik, Zürich

Inserate: Gemäss Tarif 2011; die Redaktion kann die Aufnahme eines Inserates ablehnen.

Redaktion

Verantwortlich im Sinne des Presserechts
Johannes Gruber

Redaktionsgruppe

Susanne Beck-Burg, Christine Flitner, Fabio Höhener, Anna-Lea Imbach, Markus Holenstein, Ute Klotz, Ruedi Lambert (Zeichnungen), Thomas Ragni, Martin Stohler, Ruedi Tobler, Peter Wanzenried

Beteiligt an Heft 210

Silvia Groner, Michelle Jutzi, Hugo Löffel, Dorothee Lanz, Béatrice Stucki, Daniel Weibel, Kerstin Wenk, Regula Windlinger, Sybille Zürcher

Am Samstag, den 7. September 2019 wird in Bern eine nationale Tagung des VPOD stattfinden, deren Anliegen es ist, eine kritische Bestandsaufnahme der aktuellen Situation von Geflüchteten und von deren Bildungsmöglichkeiten vorzunehmen (vgl. S. 32). Davon ausgehend werden wir an und nach der Tagung Forderungen an die Politik erarbeiten, wie das Recht auf gleichwertige Bildung für alle durchgesetzt und die Diskriminierung von Geflüchteten verhindert werden kann. Die Tagung dient dabei auch der Vernetzung und der Koordination unserer Arbeit mit anderen Organisationen und Bewegungen, mit denen gemeinsam wir ein Lobbying für die Schaffung von guten Bildungsangeboten für Geflüchtete aufbauen.

Das Engagement des VPOD für das Recht auf Bildung von Geflüchteten wird wesentlich getragen von dem «Projekt interkulturelle Bildung» (PiB), das aus VPOD-Lehrpersonen besteht. Das PiB beteiligte sich in den letzten Jahren an einer Reihe von Vernehmlassungsverfahren, insbesondere wenn es um die Situation unbegleiteter minderjähriger Personen aus dem Asylbereich (UMA) ging. 2016 organisierte der VPOD eine Medienkonferenz, an der wir eine Reihe von Forderungen vorstellten. Zentrale Botschaft war, dass die Umsetzung des Rechts auf Bildung auch für Flüchtlingskinder und UMA gewährleistet werden muss. Klar ist, dass es hierzu mehr Ressourcen und Angebote braucht. Über die Schulpflicht hinaus muss es den geflüchteten Jugendlichen ermöglicht werden, dass ein einmal begonnener Schulbesuch auf Sekundarstufe 2 (Gymnasium wie Berufslehre) zu Ende geführt werden kann.

Inzwischen hat der Bund seine «Integrationsagenda» auf den Weg gebracht – ein Teil davon ist die sogenannte «Flüchtlingvorlehre». Die projektierten Massnahmen sind prinzipiell verdienstvoll, doch konkrete Bildungsangebote entstehen bisher erst sehr langsam und für zu wenige Jugendliche. Hier mit konkreten Forderungen anzusetzen und ein entsprechendes Lobbying auf den Weg zu bringen, wird Aufgabe unserer Tagung im September sein. Einen Beitrag dazu wird im Herbst 2019 auch die Publikation der Tagungsergebnisse in der vpod bildungspolitik darstellen. In den Nummern 195 und 203 der vpod bildungspolitik hatten wir bereits Artikel zur Situation von Flüchtlingskindern und -jugendlichen im Schweizer Bildungssystem veröffentlicht. Und auch im Vorlauf zu der Tagung werden wir immer wieder Fragen von Bildung und Migration, insbesondere der (Bildungs-)Situation von Geflüchteten thematisieren. In der vorliegenden Nummer etwa in Form einer Buchvorstellung zu Migration und Flucht (vgl. S. 13-14) oder eines Interviews mit dem pensionierten Lehrer Hugo Löffel, der afghanische Flüchtlinge begleitet (vgl. S. 12-13). Dieser verweist im Gespräch darauf, wie bereichernd ein solches Engagement für beide Seiten ist. Eine solche Erkenntnis würden wir auch den bildungspolitischen Entscheidungsträgern in unserem Land wünschen.



Johannes Gruber
vpod bildungspolitik

Neue Studie «Arbeitsplatz Tageschule»



Zusammenfassung und Strukturierung der Aussagen von 666 Mitarbeitenden (vgl. Mayring 2015).

Die Abbildung 2 stellt die Häufigkeit der Nennungen in den Subkategorien der vier meistgenannten Kategorien dar. Diese sind mit unterschiedlichen Farbtönen gekennzeichnet. Die Interaktion mit den Kindern (grün) und die Zusammenarbeit (grau) gehören zu den motivierenden Arbeitsinhalten. Die Zusammensetzung der Gruppe der Schülerinnen und Schüler (hellgrün) und die Rahmenbedingungen (dunkelgrün) sind durch äussere Umstände bestimmt und nur wenig beeinflussbar, weshalb sie frustrierend wirken können. In der Abbildung 2 ist die Aufteilung der Aussagen abgebildet. Die Subkategorien, die sich zwischen den beiden Dimensionen befinden, nannten Mitarbeitende sowohl als Motivatoren («das Schönste») als auch als Frustratoren («das Schwierigste»).

Die Abbildung 2 zeigt, dass die gemeinsamen Erlebnisse, die Reaktionen und die Wertschätzung der Kinder (grün, 428 Nennungen) ausschliesslich als Motivatoren genannt wurden. Demgegenüber wurden die meisten Aspekte der Rahmenbedingungen (dunkelgrün, z.B. Lärmpegel, 43 Nennungen) nur als Frustratoren wahrgenommen.

Die anderen Subkategorien weisen sowohl Codierungen aus dem Bereich «das Schönste» wie auch aus dem Bereich «das Schwierigste» auf. Das heisst, sie können sowohl motivieren als auch frustrieren. Die sozial-pädagogischen Tätigkeiten (grün)

zum Beispiel werden in 209 Aussagen als motivierend, in 83 Nennungen aber als frustrierend beschrieben. Ebenso verhält es sich mit der Arbeitskultur (grau), der Zusammenarbeit (Vorgesetzte, Eltern, Lehrpersonen; grau) und der bedürfnisorientierten respektive der herkunftsbedingten Heterogenität (hellgrün).

Interaktion mit den Kindern motiviert

Eine der wichtigsten Motivationen für Mitarbeitende in Tagesschulen ist die intensive Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern. Viele der offenen Antworten auf die Frage, was das Schönste an ihrer Arbeit ist, lautet ganz einfach: «Die Kinder!». Erlebnisse mit den Kindern, deren Reaktionen und Wertschätzung sind die meistgenannten positiven Aspekte der Arbeit in den Tagesschulen. Aussagen, die sich auf die Reaktionen der Schülerinnen und Schüler beziehen, erwähnen typisch kindliche Ausdrucksweisen von Freude, Wohlergehen und Zustimmung. Dazu gehört zum Beispiel das Lachen und Strahlen der Kinderaugen. Eine Mitarbeiterin sagt, sie sei zufrieden, «wenn ich die zu betreuenden Kinder glücklich machen und ihre strahlenden Augen sehen kann». Die Mitarbeitenden interpretieren diese non-verbale Reaktionen als Bestätigung ihrer Arbeitsweise. Ausserdem wird das kindliche Verhalten an sich als positiv wahrgenommen, zum Beispiel sagt eine andere Mitarbeiterin: «Die Lebendigkeit der Kinder, ihre ungeschminkten Fragen

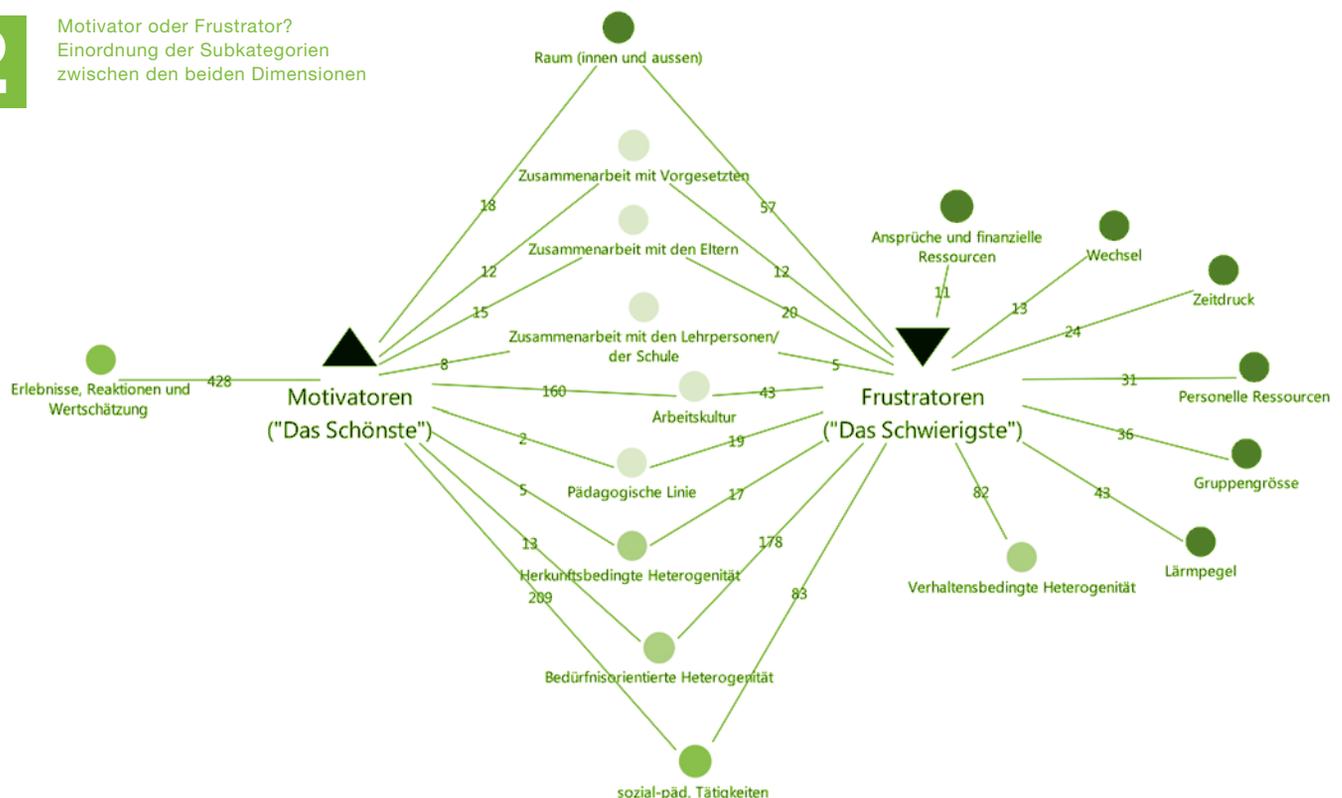
und Antworten, ihre Fantasie, aber auch ihre sozialen Verhaltensweisen sind für mich jede Woche von neuem der wichtigste Faktor in meiner Arbeit». Auch die Energie, Spontaneität und Lebensfreude der Kinder sind für die Mitarbeitenden wichtig.

Eine zweite Gruppe von Nennungen zu Interaktion mit Kindern beinhaltet sozial-pädagogische Tätigkeiten wie Spielen, Gespräche, Kinder begleiten. Viele Mitarbeitende sehen ihre Motivation darin, «die Kinder auf ihrem Lebensweg ein Stück begleiten zu dürfen. In ihrer Freizeitgestaltung mitzuwirken, ihnen hilfreich zu sein, diese nach ihren eigenen Ideen und Interessen zu gestalten». Es gibt aber auch Aspekte der Arbeit mit den Kindern, die sie als «das Schwierigste» des Arbeitsalltags wahrnehmen. Als Herausforderungen der pädagogischen Arbeit in Tagesschulen gelten Aspekte, welche die Gestaltung der Beziehung, die Rolle der Mitarbeitenden und Konflikte betreffen – sogenannte «erzieherische Probleme». Oft sind es pädagogische Fragen, die für die Mitarbeitenden schwierig zu lösen sind. Dazu gehören beim Lernen unterstützen, motivieren und animieren, Grenzen setzen, Selbstständigkeit fördern und gleichzeitig strukturelle Herausforderungen (wie Lärm oder Stress) ausblenden.

Unterschiedliche Erwartungen an Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit im Tagesschul-Team beschreiben viele Mitarbeitende als positiv: «In einem Team zu arbeiten und gemeinsa-

2 Motivator oder Frustrator?
Einordnung der Subkategorien
zwischen den beiden Dimensionen





me Ziele zu haben» ist für sie wichtig. Oft erwähnen sie das gute Arbeitsklima, dazu gehört gelingende Kooperation, gegenseitiges Vertrauen, Respekt, gegenseitige Wertschätzung, Hilfsbereitschaft, ein freundlicher Umgang und eine «schöne Stimmung». Zu einer gelingenden Teamarbeit gehört auch ein gemeinsames pädagogisches Verständnis. Eine fehlende pädagogische Leitlinie nehmen Mitarbeitenden als negativ wahr.

Auch die gelingende Zusammenarbeit mit Vorgesetzten, Eltern oder den Lehrpersonen kann motivieren. Herausfordernd ist sie dann, wenn Leitungspersonen und Mitarbeitende unterschiedliche Ansichten haben oder wenn die Leitung als praxisfern erlebt wird. Bezüglich der Zusammenarbeit mit den Lehrpersonen berichten die Mitarbeitenden der Tagesschule, dass hier der Austausch noch zu wenig stattfindet: «Weiter finde ich schwierig, dass die Schule und die Tagesschule so klar voneinander getrennt werden. Ich denke, es hätte grosses Potenzial, wenn man dies mehr miteinander verbinden würde und sich Lehrer und Tagesschul-Mitarbeitende regelmässig auch austauschen würden». Die Vorstellung der Eltern hinsichtlich der Erziehung der Schülerinnen und Schüler weichen zum Teil stark von denjenigen der Tagesschulmitarbeitenden ab, was die Kommunikation zwischen den beiden Gruppen erschweren kann.

Wie allen Kindern in der Gruppe gerecht werden?

Vielen Mitarbeitenden ist es ein wichtiges Anliegen «allen Kindern eine angenehme Zeit in der Tagesschule zu ermöglichen». Es gibt

jedoch verschiedene Merkmale der Zusammensetzung der Gruppe der Schülerinnen und Schüler, welche die Umsetzung dieser Zielsetzung im Alltag erschweren können. Zum einen sind dies die unterschiedlichen Bedürfnisse der Kinder. Diese kommen beispielsweise dadurch zustande, dass Kinder und Jugendliche unterschiedlichen Alters gleichzeitig die Tagesschulen besuchen. Sie befinden sich alle in derselben Gruppe, jedoch unterscheidet sich ihr Wissen und Können sehr deutlich. Die Mitarbeitenden sind gefordert, ein «spannendes Freizeitangebot für Kinder von 4 - 15 Jahre [anzubieten]; so dass die Kleinen nicht überfordert und die Grossen nicht unterfordert sind». Ein wichtiges, aber herausforderndes Ziel ist es für die Mitarbeitenden: «Jedem Kind gerecht [zu] werden wie z.B. die ruhigen Kinder nicht zu vergessen». Nicht alle Kinder beanspruchen gleich viel Aufmerksamkeit. Die Mitarbeitenden bemerken oder befürchten oft, dass sie die Aufmerksamkeit nicht gerecht zwischen den Schülerinnen und Schülern aufteilen, sondern stärker auf solche fokussieren, die sich durch auffälliges Verhalten in den Vordergrund stellen. «Manchmal ist es schwierig, verhaltensauffällige Kinder in der Gruppe so zu integrieren, dass die anderen Kinder nicht zu kurz kommen. Sie brauchen sehr viel Aufmerksamkeit». Etwas weniger im Vordergrund steht die Heterogenität bezüglich der Herkunft der Kinder. Diese erleben einige Mitarbeitende aber auch als herausfordernd – sowohl bei der Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern als auch im Umgang mit den Eltern. Merkmale der Gruppe der Schülerinnen und Schüler nen-

Tagung

Gute Arbeitsbedingungen für gute Tagesschulen

Präsentation, Einbettung und Diskussion der Ergebnisse des Forschungsprojekts «Arbeitsplatz Tagesschule».

Samstag, 14. September 2019;
10:00 bis 15:30 Uhr

PHBern, Institut für Weiterbildung und Medienbildung

Weitere Informationen auf der Projektwebseite
www.phbern.ch/arbeitsplatz-tagesschule

nen sie nur sehr selten als positive Aspekte, wie zum Beispiel in der folgenden Aussage: «verschiedene Altersstufen – von Kindergarten bis Realstufe – sowie die verschiedenen Herkunftsländer und Kulturen finde ich eine Bereicherung».

Rahmenbedingungen sind schwierig

Was die Mitarbeitenden bezüglich Rahmenbedingungen als schwierig beschreiben, sind verschiedene Aspekte, die oft miteinander zusammenhängen und sich gegenseitig beeinflussen: «Viele Kinder auf engem Raum» führen zu einem hohen Lärmpegel, welcher einer der wichtigsten belastenden Faktoren zu sein scheint. Insbesondere sind einige Mitarbeitende frustriert, weil sie auf diese Bedingungen wenig Einfluss haben. Sie sehen es als eine grosse Herausforderung, «das Optimale aus unseren engen, zu kleinen Platzverhältnissen in der Tagesschule herauszuholen». Eine weitere Herausforderung ist, dass von den Mitarbeitenden eine hohe Flexibilität und Einsatzbereitschaft erwartet wird: Die Mitarbeitenden leisten kurze Arbeitseinsätze und müssen damit rechnen, dass sich ihr Pensum verändert: «Die Unsicherheit, wie viel ich im nächsten Jahr/Semester stundenmässig noch arbeiten kann, da es abhängig ist von den Anmeldun-

gen der Kinder. Schwierig finde ich auch die Teambildung, wenn es viele Wechsel gibt».

Nur wenige Aussagen beziehen sich in einem positiven Sinn auf die Rahmenbedingungen und verfügbaren Ressourcen in den Tagesschulen. Mehrfach werden eine zweckdienliche Organisation der Infrastruktur, ansprechende Räumlichkeiten oder die Arbeit im Aussenbereich an der frischen Luft als positive Rahmenbedingungen der Arbeit in Tagesschulen genannt.

Arbeitsinhalt motiviert trotz schwieriger Rahmenbedingungen

Als weitere Motivatoren erwähnten die Mitarbeitenden die Tätigkeitsvielfalt der Arbeit und die pädagogische Gestaltungsfreiheit. Die Anstellungsbedingungen (Salär, Anstellungsgrad, Verteilung der Arbeitszeiten) und die fehlende gesellschaftliche Anerkennung des Berufs nannten sie als weitere frustrierende Aspekte.

Die Auswertung der Aussagen von Tagesschul-Mitarbeitenden lässt darauf schliessen, dass der Inhalt der pädagogischen Arbeit vor allem als motivierend wahrgenommen wird. Die Mitarbeitenden arbeiten gerne mit den Kindern. Sie freuen sich darüber, wenn ihre Arbeitsmethoden funktionieren, wenn sie sich selbst als wirksam und fähig erleben und dafür den Dank, die Wertschätzung und Anerkennung der Kinder und ihrer Eltern, der Teammitglieder aber auch der Leitungspersonen und Lehrpersonen der Schule erhalten. Sozial-pädagogische Aspekte stehen bei Tagesschul-Mitarbeitenden im Vordergrund. Sie wollen sich gerne für die Beziehung zu den Kindern einsetzen und ihnen ein anregendes, positives Lern- und Erfahrungsfeld bieten. Überfordernd oder frustrierend wird die Arbeit, wenn Ressourcen fehlen und Rahmenbedingungen vorgegeben sind, die wenig Ermessens- und Handlungsspielraum ermöglichen. Da die motivierenden Aspekte die Aussagen der Mitarbeitenden deutlich dominieren, scheint es, dass diese dafür in ihrer Arbeit eine hohe Lärmbelastung, wenige Ressourcen und ungeeignete Räume in Kauf nehmen. Die Leidenschaft für die pädagogische Arbeit wiegt offenbar vieles auf. Inwiefern diese Frustratoren aber weiterreichendere und längerfristige Auswirkungen auf die Gesundheit der Mitarbeitenden haben, untersucht das Projekt «Arbeitsplatz Tagesschule» der PHBern in den nächsten Monaten weiter. Deutlich wird aber ohnehin: Bessere Rahmenbedingungen würden die Arbeit vieler Mitarbeitender deutlich erleichtern! ■

Dr. Michelle Jutzi ist Erziehungswissenschaftlerin, Dozentin im Bereich Kader- und Systementwicklung des Instituts für Weiterbildung und Medienbildung und Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Schwerpunktprogramm

«Governance im System Schule» des Instituts für Forschung, Entwicklung und Evaluation der PHBern. Michelle Jutzi befasst sich mit Partizipation, Kooperation und Innovationsbereitschaft in Tagesschulen sowie mit der Entwicklung von Ganztageschulen. Forschungsprojekt «Erfahrung Ganztageschule» www.phbern.ch/erfahrung-ganztageschule

Regula Windlinger ist Arbeits- und Organisationspsychologin und Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Schwerpunktprogramm «Governance im System

Schule» des Instituts für Forschung, Entwicklung und Evaluation der PHBern. Regula Windlinger leitet das Forschungsprojekt «Arbeitsplatz Tagesschule».

Forschungsprojekt «Arbeitsplatz Tagesschule» www.phbern.ch/arbeitsplatz-tagesschule

Aktuelles Kursangebot der PHBern zum Thema Tagesschulangebote:

www.phbern.ch/weiterbildung/tagesschulen

Literatur

Herzberg, F., B. Mausner and B. Snyderman. 1973. The motivation to work. New York: John Wiley.

Kuckartz, U., 2014. Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung. Grundlagentexte Methoden. Weinheim: Beltz Juventa.

Mayring, P., 2015. Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken. Neuausgabe, 12., vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage. Weinheim: Beltz Pädagogik.

1 Für weitere Informationen zum Forschungsprojekt siehe www.phbern.ch/arbeitsplatz-tagesschule.

2 Die thematischen Hauptkategorien des Kategoriensystems wurden deduktiv – das heisst mittels eines theoretischen Kategoriensystems – hergeleitet. Im weiteren Verlauf des Auswertungsprozesses wurden diese Hauptkategorien anhand eines mehrstufigen Verfahrens induktiv (das heisst datengeleitet) weiterentwickelt (vgl. Kuckartz 2014, 75).

Mehr als Naseputzen und Basteln

Die Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher in der familienergänzenden Betreuung. Von Christine Flitner

Erzieherinnen in Kitas und Tagesschulen haben eine sehr hohe Identifikation mit ihrem Beruf, aber die Rahmenbedingungen der Arbeit erschöpfen sie unverhältnismässig stark. So könnte man sehr kurz die Erkenntnisse zusammenfassen, welche im deutschen Sprachraum zu diesem Beruf vorliegen.

Normalerweise ist in erster Linie von pädagogischen Aufgaben die Rede, wenn es darum geht, den Beruf von Erzieherinnen in der familienergänzenden Betreuung zu beschreiben. Es ist das Verdienst des Arbeitswissenschaftlers Bernd Rudow, sich erstmalig ausführlich aus dem Blickwinkel der Arbeits- und Organisationspsychologie mit dieser Arbeit beschäftigt zu haben.¹ Seine umfassende Studie trägt die vorhandenen Erkenntnisse zu Berufsbild, Tätigkeitsfeldern und Arbeitsbedingungen zusammen und ergänzt sie durch eigene Untersuchungen und Befragungen. Damit wird eine Fülle von Informationen geboten und gezeigt, wo Handlungsbedarf besteht.

Was ist das Besondere an der Tätigkeit der Erzieherinnen (ein Beruf, der zu 95 Prozent weiblich ist) und wie wird die Arbeit von den

Ausführenden wahrgenommen? Das sind zwei Leitfragen, welche zu interessanten Ergebnissen führen.

Vielfältige Aufgaben

Obwohl bei Erziehungsfragen viele Menschen gerne mitreden, ist den wenigsten die Vielfalt der Dimensionen bewusst, welche den Beruf prägt. Zur Arbeit der Erzieherinnen gehört die Arbeit mit Kindern in festen und offenen Gruppen, die Arbeit mit einzelnen Kindern, die Gestaltung des Betreuungsangebots, die Inklusion von behinderten Kindern und Kindern aus unterschiedlichen Kulturen, die Unterstützung der Kinder bei Übergängen in andere Institutionen, die Weiterentwicklung der eigenen Einrichtung, die Ausbildung, die Zusammenarbeit mit den Kolleginnen sowie die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen, Eltern und Behörden. Jede dieser Dimensionen, zu denen wohl noch weitere dazu kommen können, setzt andere Kompetenzen, Haltungen und Fachkenntnisse voraus und setzt sich ihrerseits aus zahlreichen Teiltätigkeiten zusammen, welche unterschiedlichste Anforderungen stellen (siehe Kasten S. 9).

«Bei der Ausführung von Teiltätigkeiten bzw. Handlungen unter bestimmten Bedingungen werden Anforderungen an die Erzieherinnen gestellt. Diese können physischer, psychischer und sozialer Art sein. Physische Anforderungen sind z.B. die Geschicklichkeit (feinmotorische Handlungen), Muskelkraft (Heben und Tragen von Kindern, Mobiliar) und die körperliche Fitness über einen langen Arbeitstag. Psychische Anforderungen umfassen kognitive Fähigkeiten (Problemlösen, Kreativität, Planungsfähigkeit u.a.m.), motivationale und emotionale Kompetenzen (z.B. Einstellungen, emotionale Stabilität, Emotionsarbeit im Umgang mit Kindern). Soziale Anforderungen betreffen vor allem die Kommunikationsfähigkeit, Kooperationsfähigkeit und Empathie.» (Rudow, S. 25)

Die Tätigkeit von Erzieherinnen ist also im Unterschied zu vielen anderen Berufen durch Aufgabenvielfalt und -komplexität gekennzeichnet, gleichzeitig findet sie unter sehr unterschiedlichen und vielfältigen Bedingungen statt, sowohl in Bezug auf die äusserlichen Rahmenbedingungen als auch in Bezug auf die Anstellungsverhältnisse.

Schlechter Gesundheitszustand

Wie nehmen die Erzieherinnen die komplexen Anforderungen ihres Berufs wahr und wie gehen sie damit um? Bekannt ist, zumindest in Deutschland, der vergleichsweise schlechte Gesundheitszustand der Erzieherinnen. Eine Auswertung von Krankheitsdaten von rund 100'000 ErzieherInnen aus dem Jahr 2014 zeigt, dass die Berufsgruppe durchschnittlich vier Tage mehr krankgeschrieben ist als der Durchschnitt der übrigen Berufsgruppen. Neben Erkrankungen des Muskel-Skelett-Systems führen in erster Linie psychische Erkrankungen zu überdurchschnittlich vielen Ausfalltagen. Der psychische Gesundheitszustand von Erzieherinnen und Erziehern ist um circa 8 Prozent schlechter als der der sonstigen berufstätigen Bevölkerung Deutschlands.² Entsprechende Erkenntnisse für die Schweiz gibt es bisher noch nicht.³

Aus verschiedenen Befragungen wird deutlich, welche Faktoren zum schlechten Gesundheitszustand beitragen und von den Erzieherinnen als belastend empfunden werden. Zu den stressenden Faktoren des Berufs gehören Zeitdruck, die fehlende Zeit für die Vor- und Nachbereitung der

unmittelbaren pädagogischen Arbeit, zu grosse Gruppen, nicht ausreichende Betreuungsschlüssel und Personalmangel, die zunehmende Anzahl von Kindern mit erhöhtem Betreuungs- und Förderbedarf, fehlende Erholungsmöglichkeit im Arbeitstag und die körperlichen Anforderungen. Zu letzteren gehört unter anderem der Geräuschpegel in den Einrichtungen, der das Gehör belastet und lautes Sprechen nötig macht; ausserdem das auf Kinder zugeschnittene Mobiliar, die Notwendigkeit, häufig gebeugte oder gedrehte Arbeitshaltungen einzunehmen, das Heben und Tragen von Kindern und andere körperliche Hilfestellungen. Auch dass an vielen Orten die Arbeitsaufgaben und Anforderungen nicht klar definiert sind, wird als belastend wahrgenommen.

Fragen der Anerkennung

Gerade die unklare Definition der Arbeitsaufgaben ist ein Grundproblem der Tätigkeit, eng verknüpft mit dem unklaren Berufsbild der Erzieherinnen in der familienergänzenden Betreuung. Ein klares Berufsbild drückt das Selbstverständnis eines Berufs aus und ist immer auch ein Zeichen für dessen öffentliche Anerkennung. Dem Beruf der Erzieherinnen wird die Professionalität nur teilweise zuerkannt, die Nähe zur Familienarbeit, der hohe Frauenanteil und die unklaren Zugangsvoraussetzungen tragen dazu bei – ebenso die Tatsache, dass es keine einheitlichen und festgelegten Berufswerte und Verhaltensnormen gibt.

Bis zur vollständigen beruflichen Anerkennung als ernstzunehmende Profession auf der Grundlage von spezifischen Fachkenntnissen muss sich noch einiges tun. Sehr verkürzt muss dazu eine Reihe von Voraussetzungen erfüllt sein: Unter anderem braucht es die exakte Beschreibung der Tätigkeiten; die Bewertung der Erziehungsarbeit als gesellschaftlich wertvoller, komplexer und schwieriger Tätigkeit; klare Anforderungsprofile; wissenschaftlich begründetes Fachwissen; anerkannte Qualitätskriterien und die Definition von Berufswerten, also eine Art Berufskodex.⁴ Und es braucht einen Berufsverband, der sich stark macht für die Definition und Verbreitung seiner Grundlagen und so die Diskrepanz zwischen beruflichen Anforderungen und öffentlicher Anerkennung verkleinert.

Möglicherweise stehen wir hier vor einem typischen Frauenproblem: Die Erzieherinnen in der familienergänzenden Betreuung leisten gute Arbeit, aber sie tun zu wenig für die öffentliche Anerkennung. Der Prinz soll selber merken, dass sie gut sind. Das wird er leider nicht. Es ist daher hohe Zeit, dass sich ein paar engagierte Frauen und Männer zusammentun und einen Berufsverband «Familienergänzende Betreuung» gründen, welcher das Berufsbild und die Anforderungen an den Beruf definiert und ihm öffentliche Nachachtung verschafft.

Gute Rahmenbedingungen schaffen!

Dass trotz der hohen Belastungen in der Betreuung engagierte und befriedigende Arbeit gemacht wird, liegt an den beglückenden Anteilen der Arbeit. Dazu gehört aus Sicht der Erzieherinnen in erster Linie die direkte Arbeit mit den Kindern, die damit verbundene Sinnhaftigkeit und Ganzheitlichkeit, die Vielfalt der Anforderungen, der Tätigkeitsspielraum und die selbständige Arbeit in einem guten Team. Das macht deutlich: die pädagogische Arbeit mit allem, was dazu gehört, wird von den meisten Erzieherinnen positiv wahrgenommen. Problematisch sind die Rahmenbedingungen, unter denen sie vielerorts stattfindet. Die gute Nachricht dabei ist: die Rahmenbedingungen lassen sich ändern. ■



Bernd Rudow

Beruf Erzieherin/Erzieher – mehr als Spielen und Basteln

Arbeits- und organisationspsychologische Aspekte

WAXMANN

Bernd Rudow: Beruf Erzieherin/Erzieher – mehr als Spielen und Basteln. Arbeits- und organisationspsychologische Aspekte. Ein Fach- und Lehrbuch.

Waxmann, Münster 2017. 366 Seiten, circa Fr. 53.–

¹ Bernd Rudow: Beruf Erzieherin/ Erzieher – mehr als Spielen und Basteln. Arbeits- und organisationspsychologische Aspekte. Ein Fach- und Lehrbuch. Münster (Waxmann) 2017.

² Vgl. Rudow, S. 63.

³ Untersuchungen bei Lehrpersonen in der Schweiz zeigten aber ähnliche Ergebnisse: Der Gesundheitszustand von Lehrpersonen ist schlechter als der der Durchschnittsbevölkerung. Vgl. <https://vpod.ch/themen/bildung/arbeitsbelastung-in-der-schule/>

⁴ Vgl. Rudow, S. 71.



Erfolgreiche Proteste gegen Abbau in der Waadtländer Tagesbetreuung

Als im Herbst 2018 im Kanton Waadt Ressourcen für die Tagesbetreuung reduziert werden sollten, entstand eine regelrechte Protestbewegung unter den BetreuerInnen, die das «Etablissement intercommunal pour l'accueil parascolaire» (EIAP) an den Verhandlungstisch zwang. **VPOD**

Nach zwei Tagen Aktionen und Streiks sowie einer Grossdemonstration willigte das EIAP endlich in Verhandlungen über den neuen Referenzrahmen für die Tagesbetreuung ein.

Dies ist ein Erfolg der Protestbewegung: Am 13. November 2018 war eine umfassende Mobilisierung von Betreuungspersonal für Kinder in den Bereichen Hort, Vorschule und Krippe erfolgt. Am Abend waren mehr als 8000 Menschen durch die Strassen von Lausanne marschiert, um sich für qualitativ hochwertige Betreuungseinrichtungen einzusetzen.

Um den Druck auf das EIAP aufrechtzuerhalten, hatte das Betreuungspersonal in

seiner Versammlung vom 19. November für den 7. Januar 2019 einen weiteren Streiktag und eine neue Demonstration angekündigt. In einer Resolution waren die beiden wichtigsten Forderungen des Personals bekräftigt worden: der Verzicht auf die Einführung des neuen Referenzrahmens und die Aufnahme echter Verhandlungen durch das EIAP.

Am 3. Dezember hatte die Protestbewegung nochmals ihre ganze Stärke bewiesen: Rund zwanzig Einrichtungen hatten für den ganzen Tag oder zumindest zeitweise ihre Türen geschlossen – wobei stets ein minimaler Service gewährleistet war. 250 Personen hatten sich an der Streikpostenlinie vor der EIAP-Zentrale abgewechselt; an den

Betreuungseinrichtungen waren zahlreiche Informations- und Sensibilisierungsmassnahmen durchgeführt worden. Und dies trotz des Drucks auf die Mitarbeitenden, die Streiks einzustellen.

Am Dienstag, den 11. Dezember, führte ein Treffen mit dem EIAP schliesslich zu Fortschritten. Es wurde beschlossen, Verhandlungen über einen neuen Referenzrahmen aufzunehmen, dessen Einführung erst einmal verschoben wurde. In der Zwischenzeit wurde im Gegenzug auch die Streikankündigung aufgehoben.

Zur Entstehung der Proteste

In Lausanne streikten am 13. November 2018 um 14.00 Uhr alle schulergänzenden Betreuungseinrichtungen (Accueil pour enfants en milieu scolaire APEMS, für Kinder von 6 bis 12 Jahren). Auch die Kitas für 4-6-Jährige schlossen sich für einige Stunden oder sogar den ganzen Tag an. Die Proteste fanden vor allem in Lausanne statt, da 50 Prozent der Arbeitsplätze in diesem Sektor auch in der Kantonshauptstadt angesiedelt sind – die Protestbewegung wurde jedoch auch im übrigen Kanton unterstützt.

In den letzten Jahren hat eine Professionalisierung der Tagesbetreuung stattgefunden. Die Tagesbetreuungseinrichtungen sind auch zu Ausbildungsstellen für junge Mitarbeitende geworden, die einen Lehrabschluss (Eidgenössisches Fähigkeitszeugnis) machen oder eine höhere Schule besuchen. Allerdings gibt es eine starke Fluktuation unter den Mitarbeitenden, die eine Folge der schwierigen Arbeitsbedingungen – Arbeitsunterbrechungen, Arbeitsintensität, aber auch körperliche Belastungen (Haltungen, Gewicht der zu tragenden Kinder usw.), mangelnde Anerkennung – und der niedrigen Löhne ist.

Der vom EIAP neu beschlossene Referenzrahmen sah zudem noch eine Verringerung der Zahl der ErzieherInnen pro Kind vor, aber auch eine Herabsetzung der Anforderungen an das Personal – ein Teil des ausgebildeten Personals sollte durch Hilfskräfte ersetzt werden. Ausserdem war geplant, dass ab dem 1. Januar 2019 Kinder im Alter von 4 bis 6 Jahren aus den vorschulischen in die schulergänzenden Betreuungseinrichtungen überführt werden. Dies würde jedoch auch bedeuten, dass für die Betreuung eine geringere Anzahl von qualifizierten Fachpersonen zur Verfügung stände. Und dies würde dann auch zu einer massiven Verschlechterung der Arbeitsbedingungen – die Löhne inbegriffen – in diesem Sektor führen sowie zu einer Verschlechterung der Qualität der Betreuung.

Auch die Eltern haben mit uns zusammen gegen diese geplanten Verschlechterungen mobilisiert. Dies ist Ausdruck eines grundlegenden Wandels unserer Gesellschaft. Für Familien ist eine hochwertige Tagesbetreuung unerlässlich, da in unserem Kanton 80 Prozent der Frauen arbeiten! Und die ausserschulische Betreuung ist ein entscheidender Ort für die Sozialisation und das Wohlbefinden der Kinder, aber auch für ihre Bildung – und damit ihre Zukunft. Dies gilt insbesondere für Kinder aus Familien mit prekären Lebensbedingungen!

Hier besteht ein echter Widerspruch zwischen dem Bewusstsein der Betreuungsfachpersonen und Eltern einerseits sowie den Vorstellungen einiger Kommunen und des EIAP andererseits, die fünfzig Jahre hinterherhinken und als absolut prioritäres Ziel eine Kostenminimierung verfolgen. Hier treffen zwei völlig unterschiedliche Realitäten und Weltanschauungen aufeinander.

In der Resolution der Arbeitnehmenden in der ausserschulischen Tagesbetreuung vom 19. November 2018 wurde festgehalten, dass der Streik und die Mobilisierung am 13. November historisch waren: «Hunderte von Arbeitnehmenden in der Tagesbetreuung waren im Streik, symbolische Aktionen fanden statt, es wurde mithilfe von Informationsständen mobilisiert, Einrichtungen schlossen vor der Zeit ihre Tore und am Abend fand eine Demonstration statt, an der mehr als 8000 Menschen teilnahmen, darunter viele unterstützende Eltern mit ihren Kindern. Dabei war unsere klare Botschaft, dass die Verschlechterung des Betreuungsrahmens durch die EIAP inakzeptabel ist.»

Maria Pedrosa, SSP-Waadt



Eindrücke vom Streik am 3. Dezember 2018

Am 3. Dezember 2018 führte das Personal in der schulergänzenden Tagesbetreuung im Kanton Waadt einen zweiten Tag mit Aktionen und Streiks durch. Wieder wurden die Fachpersonen erfolgreich mobilisiert: gegen den Abbau von Stellen sowie die Verschlechterungen von Arbeitsbedingungen und Betreuungsqualität. Auf einem Transparent war zu lesen, «Wir werden dieses Spiel nicht mitspielen!»

“ Wir helfen Kindern auf respektvolle Art und Weise, die Fähigkeiten zu erwerben, die sie in einer Gemeinschaft benötigen. Unsere Arbeit geht weit über eine einfache Betreuung oder gar Verwahrung hinaus. Falls die neuen Vorgaben der EIAP tatsächlich umgesetzt werden sollten, laufen wir jedoch Gefahr, dass all unsere Bemühungen vergeblich sind. Und dies nur deswegen, weil die Kommunen um jeden Preis Geld sparen wollen! »
Céline Bellenot Richner, Erzieherin und Direktorin des «Centre de vie enfantine (CVE) Sallaz»

“ Diejenigen, die über den neuen Referenzrahmen entschieden haben, kennen unser Berufsfeld nicht. Von aussen mag die Betreuung von Kindern einfach erscheinen. Aber es ist eine heikle Aufgabe. Es ist notwendig, eine sichere Umgebung zu schaffen und gleichzeitig zu vermeiden, dass wir das Kind nach unseren Wünschen manipulieren. Wenn diese Arbeit von ungeschultem Personal ausgeführt wird, kann es zu einer Katastrophe kommen. » (Carolina, Pädagogin)

“ Wir brauchen professionelles Know how für den Umgang mit Familien und für die Bewältigung komplexer Situationen, die immer wieder einmal auftreten. Täglich müssen wir uns angemessen und einfühlsam verhalten, um die Entwicklung der Kinder zu unterstützen. Diese Fähigkeiten haben wir nicht durch Geburt, wir mussten sie erlernen. Wenn du die professionellen Verhaltensweisen nicht einübst, wirst du schnell autoritär, es besteht die Gefahr, dass du auf fatale, vorgestrige Verhaltensweisen im Umgang mit Kindern zurückgeworfen wirst. » (Cécile, Erzieherin in Ausbildung)

“ Je mehr wir die Zahl der Kinder pro ErzieherIn erhöhen, desto weniger Zeit haben wir für sie (...). Die professionelle Betreuung einer Gruppe von Kindern funktioniert anders als die Betreuung durch die Eltern. Im Rahmen meiner Ausbildung habe ich das für meine Praxis notwendige Know how erwerben können. Durch sie habe ich auch Zugang zu Wissenschaften gefunden wie Soziologie, Psychologie, Philosophie und Pädagogik. All dieses Wissen ist auch notwendig, für eine gute Kinderbetreuung. » (Jérémy, Pädagoge an einer Einrichtung für schulische Tagesbetreuung von Kindern im Alter von 4 bis 6 Jahren).

“ Ich arbeitete als Hilfskraft in einer APEMS-Tageseinrichtung, dann in einem CVE. Wenn man keine angemessene Ausbildung erhalten hat, wie ich, ist es schwierig zu wissen, was man für Kinder tun soll. » (Claudia, seit mehreren Jahren Hilfskraft in der Tagesbetreuung).



Hugo unterstützt Osir beim Lernen.

Engagement ist bereichernd

Ein Gespräch unserer Redakteurin Susanne Beck-Burg mit dem pensionierten Lehrer Hugo Löffel, der afghanische Flüchtlinge begleitet. Integration kann nur funktionieren, wenn sie wechselseitig ist.

Nahtlos mit deiner Pensionierung im Sommer 2014 hast du Aufgaben übernommen im Asylbereich? Wie kam es dazu?

Hugo: Es handelt sich um private Initiativen, die auf Beidseitigkeit beruhen. Im Winter 2013 traf ich in Sonvilier am Bahnhof eine Person an, die Selbstgespräche führte, schlimm dran war. Ich suchte das Gespräch. Der Mann aus Afghanistan, Elmi, wohnte in einem Studio in St. Imier. Er war unglücklich. Er hatte keine Beziehungen und keine Arbeit. Von da an war er dann öfters bei uns. Er spaltete manchmal Holz für uns. Elmi wollte zurück. Das Prozedere dauerte zwei Jahre, bis er nach Afghanistan ausreisen konnte. Sein Plan war es, aus

dem gefährlichen Afghanistan illegal in den Iran einzureisen und dort irgendwie zu überleben.

Zurzeit gehen mehrere Afghanen in eurem Hause ein und aus?

H: Mit der Pensionierung verliessen wir das Haus in Sonvilier. Wir zogen hierher nach Meinisberg (bei Biel). Nicht weit weg in der Nachbarschaft war eine afghanische Wohngemeinschaft. Elmi kannte zwei der Afghanen dieser Gemeinschaft. Vor der Abreise Emis luden wir sie zum Abschiedessen ein. Mit Anna, meiner Frau, haben wir ab und zu Backwaren vorbei gebracht und sind so in Kontakt geblieben. Da kam einmal Osir auf mich zu und fragte mich, ob ich ihm beim Lernen helfen könnte. Seither kam er regelmässig, am Abend, am Wochenende und in den Ferien.

Kannst du mehr über Osir erzählen?

H: Osir hat selber die Initiative ergriffen und mich gefragt. Er wollte lernen. In Afghanistan lebte er von klein auf mit seiner Grossmutter und seinem Grossvater. Der Rest der Familie war erschossen worden.

«Ich möchte es meinen pensionierten Kollegen wärmstens empfehlen, sich auf den kulturellen Austausch mit unseren Flüchtlingen einzulassen.»

Osir war drei Jahre in eine Schule gegangen. Er hat schlechte Erinnerungen an sie.

Osir tritt in die Stube ein. Er hat gehört, wie ich mit Hugo über ihn spreche. Er lächelt verschmitzt.

Osir: Hugo schlägt mich nicht beim Lernen. Manchmal mache ich alles falsch. Er schlägt mich trotzdem nicht. Hugo hilft meinem besten Freund.

Hugo bestätigt «der beste Freund auf Dari». Ich probiere auch der beste Freund auf Dari zu sagen. Osir erzählt von seinem Bruder, der nach Kanada emigrieren konnte.

O: Mein Zwillingbruder ist mit mir zusammen bis in die Türkei geflohen.

H: Nach fünf Jahren sklavenartigem Arbeiten in der Türkei ist er infolge des Umsturzes und nachfolgenden Razzien ausgeschafft worden. Völlig isoliert in Kabul hat er verschiedene Suizidversuche unternommen. Durch Zufall hat er die Lösung der Einwanderung nach Kanada gefunden. Dort ist es für Einwanderer einfacher, eine permanente Aufenthaltsbewilligung und schliesslich den kanadischen Pass zu erlangen. Osirs Bruder wird eventuell ein Studium angeboten werden. Kanada nimmt jährlich bis zu 300 000 junge Familien und Einzelpersonen auf. Der Immigrationsminister der Regierung Trudeau ist somalisch-stämmig. Sein Ziel ist es, der Überalterung der kanadischen Bevölkerung entgegenzuwirken. Einwanderer stellen ein grosses Talent-Potential dar, sagt der Minister.

Osir erzählt noch von seinem Grossvater.

H: Osir konnte ihn von der Schweiz aus retten. Nachdem die Landräuber im September 2017 erneut zugeschlagen hatten, war die Grossmutter den Folgen einer Schussverletzung erlegen. Im Januar 2018 wurde der Grossvater beim grossen Attentat in Kabul schwer verletzt. Osir konnte von der Schweiz aus organisieren, dass man ihn suchte und schliesslich – schon abgeschrieben – im kalten Korridor eines Spitals fand.

Osir verabschiedet sich.

H: Osir wurde die erste Arbeitsstelle nach Abschluss der EBA-Lehre in den Weihnachtstagen gekündigt. Ich habe Kontakt

Hugo Löffel ist Primar- und Sekundarlehrer. Lehrtätigkeit auf allen Stufen, Mithilfe bei Lehrlingsausbildung, Erwachsenenbildung (Imkerkurse). Hugo Löffel führte während 30 Jahren eine selektions- und notenfreie Mehrklassenschule im Jura auf einem Bauernhof.

mit dem Lehrmeister aufgenommen. Das Verhältnis war angespannt. Der Lehrmeister gab zu, dass er Osir bedroht hatte. Nun geht Osir aufs RAV.

Ihr schreibt zusammen Bewerbungen?

H: Ja. Seit gut vier Jahren unterstütze ich Osir beim Deutsch- und schulischen Lernen. Zuerst in der Integrationsklasse in Biel, dann während der Lehre. Da gibt es verschiedene Arten, wie Lehrkräfte mit Flüchtlingen umgehen. Osir hat wenig Allgemeinbildung. Als er in Basel ankam, meinte er, er sei in Schweden. Er fragte einen Passanten, wo er sei. Dieser verschwand, und innert Kürze stand die Polizei da. Osir wollte eigentlich nach Schweden. In den nordschwedischen Dörfern seien Flüchtlinge sehr willkommen.

Wer ist der beste Freund von Osir?

H: Ahmed. Er kommt aus einem unberührten Bergdorf von Afghanistan. Er besuchte keine Schule. Von Zahlen hatte er keine Ahnung. Jetzt macht er eine Vorlehre. Drei Tage im Betrieb und zwei Tage in der Gewerbeschule. *Hugo zeigt mir ein Aufgabenblatt, das Ahmed in der Gewerbeschule zum Lösen bekam, mit Brüchen und Dezimalbrüchen.*

H: Vier Wochen lang haben wir täglich Rechnen geübt in den Ferien. Ins letzte Unterrichtsthema «Gemeine Brüche» haben wir sehr viel investiert. Bei der vorletzten Übungsstunde hatte ich ein sehr gutes Gefühl. In der letzten Übungsstunde brachte Ahmed jedoch alles durcheinander. Beim Test hatte er die Note zwei. Er teilte mir das Resultat mit der Bemerkung mit «Ich bin dumm, aber bei diesem Lehrer sind viele dumm». – Es gibt an der Gewerbeschule aber auch LehrerInnen, die individuell und nicht so knallhart bewerten. Ich hoffe, dass Ahmed die Lehrstelle im Gartenbau bekommt. Er ist tüchtig geworden.

Es bräuchte ein Heer von Hugos für gute Startchancen der Flüchtlinge in der Bildung.

H: Eine intensive schulische Betreuung haben vor allem Flüchtlinge nötig, die nicht zur Schule gegangen sind. Es braucht auch Eigeninitiative. Die beiden sind auf mich zugekommen und bestimmen selber wieviel Zeit sie investieren wollen.

Osir und Ahmed kommen auch in ausser-schulischen Angelegenheiten zu euch?

H: Manchmal ist eine ganze Crew zum Kochen da.

Und feiern?

H: Ja, natürlich.

Dann gibt es späte Nachtruhe in eurem Haus?

H: Macht nichts. In unserem Haus hört man halt alles. Letzthin hätte ich im Schlaf etwas

geredet. Das hörte Osir nebenan – manchmal schlafen sie auch hier. Er sei sofort aufgestanden, weil er dachte, ich sei angegriffen worden und rüstete sich zur Verteidigung.

In welchen nichtschulischen Angelegenheiten unterstützt du Osir und Ahmed noch?

H: Ich gehe zu den Behörden, zum Zahnarzt... Als Vertrauensperson von Ahmed konnte ich aber nicht bewirken, dass er den Status B erhält. Wegen einer Bagatelle im zweiten Interview, die etwas widersprüchlich erschien. – Als er den Status N noch hatte, wollte niemand seine Zahnarztrechnung bezahlen. Ein Flüchtling mit Status N hat nur ein Recht auf Schmerzbekämpfung, nicht auf eine definitive Versorgung.

Wer bezahlte dann?

H: Die Hälfte der Zahnarzt selbst, die Hälfte zuerst ich, schliesslich eine andere Person.

Du sprachst von Beidseitigkeit. Was können wir uns darunter vorstellen?

H: Ich bekomme sehr viel an kultureller Bereicherung. Zum Beispiel kann ich mir

ein genaues Bild machen von Ahmeds Bergdorf. Wie sie leben dort, was sie anpflanzen, welche Tiere es hat, wie die Kinder spielen. Der Austausch ist sehr bereichernd. Viel Unterstützung ist gefragt. Es kommt aber viel zurück. Integration bedeutet Beidseitigkeit, Horizonterweiterung.

Durch dein Beispiel werden hoffentlich andere Pensionierte angeregt, sinnerfüllend tätig zu werden.

H: Ich möchte es meinen pensionierten Kollegen wärmstens empfehlen, sich auf den kulturellen Austausch mit unseren Flüchtlingen einzulassen.

Osir kommt zurück.

O: Hier ist die Telefonnummer von einer Hazara-Frau, die ich in Zürich getroffen habe. Sie ist 25 Jahre alt. Sie hat keine Arbeit, keinen Unterricht. Könnt ihr helfen? Sie sucht eine Deutschlehrerin oder einen Deutschlehrer. Dieser Hilferuf geht an alle, die diesen Artikel gelesen haben. (Telefonnummer bei der Redaktion zu erfahren unter redaktion@vpod-bildungspolitik.ch). ■

Wege aus der Sackgasse nationalstaatlicher Migrationspolitik

Christian Jäggi liefert in seiner Studie «Migration und Flucht» Zahlen und Fakten zu weltweiter Migration und formuliert kreative Vorschläge für politische Handlungsweisen.

Von Markus Holenstein

Der Luzerner Ethnologe und Theologe Christian Jäggi hat ein informatives Buch zur hochaktuellen Thematik Migration und Flucht verfasst. Der Autor versteht Migration als transnationales Phänomen, eingebettet in das Weltwirtschaftssystem, das wohl freien Güter-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr gewährleistet, nicht aber den freien Personenverkehr. Menschen können somit nicht ohne Hindernisse in andere Staaten einwandern, wenn sie einer von Armut, Krieg oder Umweltzerstörung geprägten Lebenslage entkommen wollen. Ein Menschenrecht auf Migration, freie Niederlassung und ein demokratisch gestalteter Weltstaat, so Jäggi, könnten nationalstaatliche Hindernisse der Migration beseitigen.

Zahlen und Fakten

2010 wurden circa 1 Milliarde internationale und BinnenmigrantInnen gezählt. Von

den circa 200 Millionen internationalen MigrantInnen wanderte lediglich ein Viertel in westliche Länder! 2011 flohen 42,3 Millionen Menschen vor Naturkatastrophen und Klimaänderungen, in Syrien 2009 1,5 Mio. Menschen vor der zunehmenden Desertifikation!

Für die Migration sehr relevant sind wirtschaftliche Aspekte: 2015 bspw. flossen Rimessen im Wert von 420 Milliarden US-Dollar in die Herkunftsländer der MigrantInnen zurück – die Geldüberweisungen der EmigrantInnen übertrafen damit die öffentliche Entwicklungshilfe um das Dreifache! Der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Globalisierung und Migration kann als Hinwirken auf ein Einkommensgleichgewicht oder als Verarmungsphänomen in den Entwicklungsländern und Bildung einer industriellen Reservearmee gesehen werden. In der Schweiz stehen zurzeit dagegen

«Das Konzept der Wohnbürgerschaft stellt die ImmigrantInnen der inländischen Bevölkerung praktisch gleich.»

eher Wanderungseffekte der Personenfreizügigkeit mit der Europäischen Union im Mittelpunkt der politischen Diskussion, eine Migration aus wirtschaftlichen Motiven, die nicht unter den Begriff der «Flucht» fällt.

Komplexe Ursachen

Wie künstlich jedoch die Grenzziehung zwischen echten und unechten Flüchtlingen ist, wird im globalen Kontext von Krieg, fehlenden nationalstaatlichen Strukturen, politischer Verfolgung, Hunger, Umweltsituation, Armut, Arbeitsplatzverlust, tiefen Löhnen und gesättigten Arbeitsmärkten deutlich. In verschiedenen Staaten Afrikas – Kongo/Zaire, Angola, Staaten am Horn, Zimbabwe, Moçambique – verursacht der Aufkauf hochwertiger landwirtschaftlichen Bodens Hungersnöte! 2015 betrug die Anzahl Flüchtlinge weltweit circa 60 Millionen. 2014 befanden sich rund 90 Prozent von ihnen in weniger entwickelten Ländern!

Die Analyse von failed states zeigt auf, wie Gewaltmärkte entstehen, das heisst Bodenschätze und Waffen in den Besitz von Warlords gelangen und von diesen verkauft werden. In Kongo/Zaire kontrollieren ausländische Armeen die Ressourcen Coltan, Diamanten, Kupfer und Gold. Nur die Beendigung der internationalen Nachfrage nach diesen Rohstoffen kann den Gewaltmarkt austrocknen. Untersucht werden im Weiteren die Auswirkungen der Migration auf die Einwanderungsländer (Verjüngung der Bevölkerung, Zahlungen an die Sozialversicherungen und Steuern, Stärkung der Innovationskraft der Wirtschaft, Zunahme von Rassismus) und auf die Auswanderungsländer (Rimessen, brain drain, Profit bei wirtschaftlichem Aufschwung, Entlassung in Wirtschaftskrisen).

Transnationalität und Partizipation

Migration ist, so Jäggi, als transnationales, nicht lineares Phänomen zu verstehen, als Lebensform von MigrantInnen mit gleichzeitig mindestens zwei Wohn- und Lebensorten, miteingeschlossen transnationale Professionalität. Die transnationale Perspektive

bedeutet einen Paradigmenwechsel in der Migrationsforschung. Transnationalität ist ein Produkt des globalen Kapitalismus: Bewegung von Arbeitskräften und Kapital in einem grenzüberschreitenden Raum. Damit verknüpft sind Billigarbeitsplätze und Arbeitsplätze für Hochqualifizierte – soziale Ungleichheit, die mit dem Konzept der Intersektionalität (Schichtzugehörigkeit, Ethnizität und Geschlecht) untersucht werden kann.

Um das Zusammenleben von Einwanderern und Einheimischen erfolgreich zu gestalten, ist die gesellschaftliche Integration beider Bevölkerungssegmente über interkulturelle Aushandlungsprozesse anzustreben. Dabei unterscheidet der Autor die vertikale Integration in den Arbeitsmarkt und das Bildungssystem, die horizontale Integration der MigrantInnen in gruppenspezifischen Netzwerken und speziellen soziokulturellen Angeboten der Aufnahmegesellschaft sowie die Akzeptanz der EinwanderInnen durch die einheimische Bevölkerung. Die fehlende Akzeptanz bildet häufig das entscheidende Hindernis für eine gelungene Integration: Vorurteile, Angst vor Konkurrenz bis zur Fremdenfeindlichkeit. Integration wird vertieft durch gesellschaftliche Partizipation der Immigrierenden mittels eines Menschenrechts auf Migration und Niederlassung sowie des Stimm- und Wahlrechts, Rechte, die nicht an die Nationalität des Einwanderungslandes gebunden sind. Gleiche Rechte für alle Mitglieder einer Gesellschaft sowie die Beherrschung der örtlichen Sprache sind die Bedingung, um an den gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen am Wohnort teilzunehmen. Dieses Konzept der Wohnbürgerschaft («denizenship») stellt die ImmigrantInnen der inländischen Bevölkerung praktisch gleich.

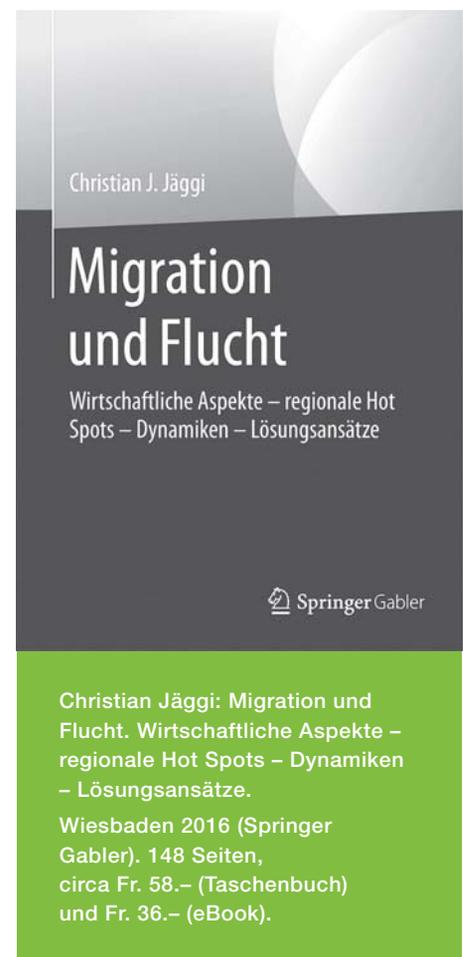
Weitere Lösungsvorschläge

Die Öffnung der Arbeitsmärkte als Ergänzung zum freien Güter-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr und in Verbindung mit freier Migration verbessert die Arbeitsbedingungen der Immigrierenden. Schwarzarbeit ist damit verunmöglicht. Wirtschaftliche Perspektiven und gesellschaftliche Gleichstellung halten Menschen von Kriminalität und terroristischen Aktivitäten ab.

Um den Globalisierungsprozess gerecht zu steuern und eine nachhaltige Weltfriedensordnung zu erreichen, schlägt der Autor die Schaffung eines demokratischen Weltstaates – mehr als eine «Global Governance» – vor. Die Idee eines demokratischen Weltstaates stellt eine Weiterentwicklung von Kants Konzept des Völkerbunds («Zum Ewigen Frieden», 1796) dar. Otfried Höffe vertritt sie in verschiedenen Publikationen. Nur ein demokratischer, den Einzelstaat ergänzender subsidiärer Weltstaat kann ein

weltweites Zusammenleben auf der Grundlage verbindlicher Rechtsnormen garantieren. Jäggi schlägt ein Zweikammersystem vor, in dem eine Kammer die WeltbürgerInnen repräsentiert und die andere die Gesamtheit der Einzelstaaten. Aufgabe einer solchen föderalen Weltrepublik wäre es, eine globale Wirtschafts-, Sicherheits-, Sozial- und Umweltarchitektur mittels internationalem Recht und Institutionen zur Regulierung der Migration zu schaffen – z.B. eine aus UNHCR und IOM zusammengesetzte Migrationsbehörde. Ursachen der weltweiten Migration liessen sich im Rahmen eines Weltstaates innerstaatlich, ohne die Hindernisse nationalstaatlicher Souveränität leichter angehen. Ein Weltbürgerrecht – gleiche Rechte für alle, Respektierung der Rechte der Andern, Pflicht, das Gemeinwohl zu fördern, aktive Teilnahme am öffentlichen Leben – ergänzt im neuen Jahrtausend das nationale Bürgerrecht.

Das Buch von Christian Jäggi vermittelt einen prägnanten Überblick über Fakten und Ursachen weltweiter Migration. Vor allem liefert es jedoch kreative, mutige Vorschläge, Probleme von Migration und Flucht auf der Ebene eines demokratischen Weltstaates zu lösen, es verhilft, aus der Sackgasse nationalstaatlicher Migrationspolitik herauszufinden! ■



Christian Jäggi: Migration und Flucht. Wirtschaftliche Aspekte – regionale Hot Spots – Dynamiken – Lösungsansätze.

Wiesbaden 2016 (Springer Gabler). 148 Seiten, circa Fr. 58.– (Taschenbuch) und Fr. 36.– (eBook).

Einheitliche Anstellungs- und Arbeitsbedingungen für Musiklehrpersonen!

Die gesetzliche Verankerung der musikalischen Bildung im Kanton Zürich ist überfällig.

Im Juli 2017 wurde die Volksinitiative «Musikschulgesetz» mit über 12000 Unterschriften eingereicht. Dies nach nur zehn Wochen Sammelfrist. Im September 2017 folgte die offizielle Bestätigung des Eingangs der Initiative. Gut ein Jahr später geht es nun in die nächste Runde.

Steiniger Weg zur gesetzlichen Verankerung im Kanton Zürich

2016 war die gesetzliche Verankerung der musikalischen Bildung in Form eines Musikschulgesetzes im Kanton Zürich bereits zum Greifen nah. Damals aber war der mitte-rechts dominierte Kantonsrat nicht auf den Musikschulgesetzesentwurf der Regierung eingetreten, woraufhin sich das Initiativkomitee «Musikschulgesetz» bildete. Das von diesem vorgeschlagene Gesetz würde im Kanton Zürich bei Annahme den Zugang von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zur musikalischen Bildung an anerkannten Musikschulen nach Vorgaben der Bundesverfassung sicherstellen.

Volk und Stände hatten 2012 Art. 67a BV mit grossem Mehr beschlossen: Dieser verpflichtet Bund und Kantone, sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten für einen hochwertigen Musikunterricht an Schulen und eine allgemeine Stärkung der musikalischen Bildung einzusetzen. Über 72 Prozent der Stimmberechtigten befürworteten damals diesen Verfassungsartikel.

Willkür in den Gemeinden

Momentan zeigt sich, dass die musikalische Bildung ohne eine klare Regelung aus- und vor allem abgebaut werden kann, wenn Gemeinden gerade finden, sie müssten sparen. In der Bildungspolitik Nr.207 vom Juli 2018 berichteten wir über das Angebot der musikalischen Grundbildung (MGA). Dieses Angebot ist im ganzen Kanton sehr unterschiedlich stark ausgebaut. Damit hängt die musikalische Bildung der Kinder massgeblich davon ab, wo sie wohnen und wie betucht die Eltern sind. Diese unübersichtliche Lage zeigt sich auch bei den Anstellungsbedingungen der Musiklehrpersonen: So sind in verschiedenen Gemeinden der Lohn und die Vorsorgeleistungen sehr unterschiedlich.

Volksinitiative für Musikschulgesetz, das Arbeits- und Anstellungsbedingungen harmonisiert

Im Zentrum der Diskussion steht nun die Aufteilung der finanziellen Lasten zwischen Gemeinden, Kanton

und Eltern. Die Schülerpauschalen, die der Kanton momentan beiträgt, wurden in den letzten dreissig Jahren nie angepasst. Damit ist der Kantonsanteil an der Finanzierung der musikalischen Bildung von über zehn auf gut drei Prozent gesunken. Die Initiative fordert dagegen in Anlehnung an die Volksschule die Erhöhung der kantonalen Beiträge auf zwanzig Prozent der anrechenbaren Kosten. Der Anteil von Eltern und Gemeinden könnte so auf je vierzig Prozent gesenkt werden. Durch die Reduktion und die Festlegung der Elternbeiträge auf maximal vierzig Prozent würde die Bedeutung des Wohnorts für den Zugang zur musikalischen Bildung verkleinert, was wiederum die Chancengleichheit grundsätzlich verbessert.

Mit der Erhöhung der kantonalen Beiträge würde sich für die Gemeinden bezüglich Qualitätsvorgaben eine gewisse Verbindlichkeit ergeben. Die Musikschulen erhielten mit diesen auch ein Instrument, um anständige Rahmenbedingungen für ihr Angebot durchzusetzen. Dies würde auch die Anstellungsbedingungen der Musiklehrpersonen betreffen: Durch kantonale Vorgaben gäbe es endlich einheitlichere Arbeitsbedingungen an den Musikschulen im Kanton.

Untauglicher Gegenvorschlag

Der Regierungsrat hat am 8. November 2018 seinen Gegenvorschlag zur Volksinitiative präsentiert. Zwar hat er mit diesem die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung des Musikunterrichts bestätigt, der Gegenvorschlag höhlt jedoch den Gesetzesentwurf des Komitees bis zur Unwirksamkeit aus.

Das Initiativkomitee zeigt sich enttäuscht. Obwohl der Kanton nach eigener Aussage «Für eine starke Musikförderung» einsteht, möchte er keine zusätzlichen finanziellen Verpflichtungen eingehen. Mit der Festlegung der kantonalen Beiträge auf drei Prozent nimmt die Regierung ihre Verantwortung für eine wirksame Musikförderung nicht wahr, was klar dem Willen der Bevölkerung entgegenläuft. Auch für die Musiklehrpersonen ist der Gegenvorschlag eine Enttäuschung; Dieser enthält keine allgemeinen Vorgaben bezüglich Löhnen, womit theoretisch jede Gemeinde eigene Löhne festlegen könnte.

Je nachdem, wie sich der Kantonsrat zu Initiative und Gegenvorschlag positioniert, wird das Initiativkomitee entscheiden, ob es im Mai 2020 zu einer Volksabstimmung kommt oder nicht. ■

Sibylle Schuppli und Peter Schmidheiny, Vorstand MuV.vpod

RED FOR ED

Vorbereitungen für den Frauenstreik 2019

«Wenn frau will, steht alles still!» Das Motto des Frauenstreiks 1991 – der grössten politischen Mobilisierung seit dem Generalstreik von 1918, hallt wieder durch die Betriebe, Firmen und Institutionen. Denn: «frau» will wieder, «frau» muss nochmals. Darum ruft der VPOD zusammen mit den SGB-Gewerkschaften für den 14. Juni 2019 zum nationalen Frauenstreiktag auf. In der Region Zürich läuft die Planung bereits auf Hochtouren.

Im November 2018 fand das erste offene Treffen der Region Zürich statt, an dem Mitarbeitende aus dem Gesundheits-, Betreuungs- und Bildungsbereich teilnahmen. Dabei beschlossen die Vertreterinnen aus dem Bildungsbereich, sich bis im März jeweils am 14. des Monats zu treffen. Am 14. Januar, als an der Fassade des VPOD-Sekretariats erstmalig das Riesentransparent zum Frauen*streik hing, tauschten sich im Gebäude Primar-, Sekundar- und Gymnasiallehrerinnen sowie Vertreterinnen aus dem Hort und der Schulsozialarbeit zur Streikplanung aus.

Internationale Streikerfahrungen

Unterstützt wurden sie dabei von der amerikanischen Kollegin Dana Blanchard. Die langjährige Lehrerin und Aktivistin berichtete über eine Reihe von Lehrer*innenstreiks, die seit einem guten Jahr in verschiedenen Bundesstaaten in den USA stattfinden. Auf den ersten Blick scheint die Situation mit derjenigen der Schweiz nicht zu vergleichen. Die Arbeitsbedingungen in den USA (so unterschiedlich sie von Ort zu Ort sind) sind weitaus prekärer. Viele Lehrerinnen und Lehrer müssen zusätzlich zu ihrer Anstellung als Lehrperson noch Nebenjobs in Bars und Restaurants ausüben, da ihr Gehalt zum Leben nicht reicht. Sie haben 40 Schüler*innen in einer Klasse und sie kämpfen gegen den Einmarsch von privaten, bewaffneten Sicherheitsleuten auf dem Schulgelände. Andere Dinge wiederum hören sich erschreckend vertraut an. Zum einen sind die Löhne gerade in den unteren Schulstufen ungerechtfertigt tief. Zum anderen nehmen erschöpfungsbedingte Erkrankungen bei den Lehrpersonen zu. Insbesondere sind davon Frauen betroffen. Ihre Anstellung im Kindergarten gilt als Teilzeitanstellung und wird dementsprechend entlohnt. Auf allen Stufen von Kindergarten bis Sekundarstufe II wurde der Lehrberuf im Allgemeinen anspruchsvoller und anstrengender. Budgetkürzungen, eine Zunahme der administrativen Aufgaben und ein unnützes Arbeitszeitsystem, wie der neue Berufsauftrag in Zürich, tragen zur Verschlechterung der Situation bei. Weiter beschäftigen die Lehrpersonen bildungspolitische Themen wie Chancengleichheit, Integration und Inklusion aller SchülerInnen.



Sichtbarkeit und Erfahrungsaustausch

In den USA wurde das rote T-Shirt, im Sinne von red for ed (Red for education – rot für Bildung), zum Symbol für den Lehrer*innenstreik. Dieses simple Erkennungszeichen hat auf viele Personen eine unglaublich grosse Wirkung gehabt und ein Gefühl der Solidarität vermittelt. Da die Frage der Sichtbarkeit auch für die Frauen, die sich am 14. Januar zur Streikplanung austauschten, ein wichtiges Thema war, entschieden sich diese kurzerhand dafür, jeden Freitag rot zu tragen. Dies ermöglicht es ihnen, sich unproblematisch als Streikunterstützerinnen zu outen und im, manchmal sehr vereinzelt, Arbeitsalltag eine Sichtbarkeit zu schaffen und mögliche Streikverbündete ausfindig zu machen. Hortnerin und Lehrerin können sich über den Pausenhof zuwinken und wissen um die Unterstützung der jeweils anderen.

Arbeitsniederlegung in der Schule?

Die an diesem 14. Januar im VPOD anwesenden streikbereiten Frauen Sekretariat haben insbesondere praktische Fragen an Dana Blanchard. Wo sind die Schülerinnen und Schüler, wenn wir streiken? Kann man diese einfach unbetreut lassen? Wenn man sie ersatzbetreuen lässt, ist es dann noch ein «richtiger» Streik? Was ist überhaupt ein «richtiger» Streik? Wie verbinden wir branchenspezifische Anliegen mit Frauenanliegen, die branchenunabhängig sind? Wie spreche ich mit meinen Kolleg*innen über den Streik? Wie reagiert die Schulleitung, wenn sie erfährt, dass wir streiken werden? Eine einfache Antwort auf diese Frage gibt es oft nicht. Die Fragen hängen stark von der Streikbereitschaft der Personen in den einzelnen Schulen ab. Prinzipiell lässt sich sagen: Je mehr ihr seid, umso einfacher könnt ihr eure Arbeit in irgendeiner Form niederlegen. Konkret bedeutet dies aber auch viele Diskussionen und Vorbereitungen unter Kolleg*innen. Was die Repression betrifft, lässt sich aus der Erfahrung heraus sagen, dass 1991 kaum eine der angedrohten Konsequenzen wahr gemacht wurde.

Diverse Aktionsformen denkbar

Generell geht es darum zu zeigen, dass ohne die Arbeit



der Frauen, ohne deren sichtbare und unsichtbare Dienstleistungen, vieles nicht mehr läuft. Dies kann auf verschiedene Art und Weise deutlich gemacht werden. Wenn ihr den ganzen Tag die Arbeit niederlegen könnt, umso besser. Das braucht jedoch viel Vorbereitung, die Klärung organisatorischer Fragen wie der Ersatzbetreuung, eine proaktive Kommunikation mit den Eltern und

«Je mehr ihr seid, umso einfacher könnt ihr eure Arbeit in irgendeiner Form niederlegen.»

nicht zuletzt geht das auch nicht ohne die Unterstützung der männlichen Kollegen.

Vielleicht ist das in einigen Teams undenkbar, vielleicht ist es aber auch eine Option, nur am Nachmittag zu streiken. Wenn auch dies nicht möglich sein sollte, dann überlegt euch andere Formen, wie ihr an dem Tag auf eure Anliegen aufmerksam machen könnt. Macht Protestpausen oder Versammlungen, lauft gemeinsam aus dem Schulhaus raus, hängt Plakate auf, tragt den Pin, macht ein spezielles Gleichstellungsprogramm mit euren Schülerinnen und Schülern. Die nationale Streikkoordination schlägt zwei Zeitpunkte für landesweite Aktionen vor: erstens um 11 Uhr vormittags, zweitens um 15.30 Uhr als spätester Arbeitsschluss.

Klar, der 14. Juni an sich ist wichtig, an diesem Tag möchten wir ein Zeichen setzen. Es geht aber um eine Auseinandersetzung und das Schaffen von Bündnissen über diesen Tag hinaus. Schliesslich wollen wir nicht, dass sich die Arbeitsbedingungen und die Bildungsmöglichkeiten künftig eins zu eins mit der Situation in den USA vergleichen lassen. ■

Text: **Anna-Lea Imbach und Fabio Höhener**, Regionalsekretär*innen, Sektion Zürich Lehrberufe



Momentaufnahme Therapie: In der Psychomotoriktherapie stehen das Spiel und die Bewegung im Vordergrund. Die Angebote und das Material werden den Bedürfnissen und Fähigkeiten des Kindes angepasst, um es optimal zu fördern.

Quelle:
Psychomotorik Schweiz

Psychomotorik Schweiz, Sektion Zürich

Wir stellen uns vor.

Der Schweizer Berufsverband der Psychomotoriktherapie wurde 1972 gegründet. Damals trug der Verband den Namen *astp* (*Association des thérapeutes en psychomotricité*) und war in drei Sektionen unterteilt, wobei die einzelnen Kantone jeweils als Untersektionen bezeichnet wurden.

Seit 2013 erstrahlt unser Berufsverband in neuem Licht. Die internen Strukturen wurden verschlankt. Und um kantonale und regionale Bedürfnisse optimal bearbeiten zu können, wurden in den meisten Kantonen Sektionen gegründet, die jedoch juristisch nicht autonom sind.

Die Psychomotoriktherapie beschäftigt sich mit der Wechselwirkung der Wahrnehmung des Denkens, Handelns, Fühlens und der Bewegung. Das Kind oder der Klient steht im Zentrum und die Arbeit richtet sich nach den Ressourcen des Individuums. Die Psychomotorik fördert die Grob-, Fein- und Grafomotorik, die sozio-emotionalen Kompetenzen, die Wahrnehmung sowie die Selbstständigkeit und das Selbstbewusstsein.

Der Sektionsvorstand Zürich besteht momentan aus sechs Mitgliedern, die verschiedene Ressorts betreuen. Insgesamt zählt die Sektion Zürich 263 Mitglieder (davon sind 41 Passivmitglieder und 21 Studierende). Die Psychomotoriktherapeutinnen und -therapeuten im Kanton Zürich arbeiten hauptsächlich in Primar- und Sonderschulen, aber vereinzelt auch in der Geriatrie oder in privaten Praxen.

Die Einführung des neuen Berufsauftrages an den öffentlichen Schulen zeigte uns auf, dass ein Beitritt zum VPOD unumgänglich ist. Nach der positiven Abstimmung an der Generalversammlung im letzten Frühling stand einem Assoziierungsvertrag mit dem VPOD nichts mehr im Wege. Die Verhandlungen über den Assoziierungsvertrag verliefen sehr zufriedenstellend, am 1. August 2018 ist dieser offiziell in Kraft getreten. Wir erleben den VPOD als grosse Unterstützung und durften unseren Mitgliedern bereits zwei Veranstaltungen zum Thema «neuer Berufsauftrag» anbieten. Wir schätzen die Zusammenarbeit sehr und sind motiviert für die Zukunft. ■

Kommunalisierung der Schulleitungen gescheitert

Im Rahmen des Abbaupakets L16 sollten die Schulleitungen neu von den Gemeinden und nicht mehr vom Kanton angestellt werden. Der VPOD wehrte sich gegen diese unsinnige Kostenverschiebung. Erfolgreich. Schulleitungen werden nicht zu Gemeindeangestellten. Die Gemeinden erhalten aber mehr Autonomie und können der Schulleitung weitere Kompetenzen delegieren.

Von Fabio Höhener

In den letzten Monaten hat sich das Scheitern der Kommunalisierung abgezeichnet. In der Vernehmlassung fand die Massnahme weder bei Schulleitungen noch bei Schulpflegern und LehrerInnenverbänden Anklang. Der VPOD befürchtete bei einer Kommunalisierung der Schulleitungen eine zunehmende Willkür der Gemeinden. Bei finanzschwachen Gemeinden hätte ein Qualitätsverlust gedroht. Zudem konnten so arbeitnehmerInnenfeindliche Doppelanstellungen verhindert werden.

Ungeachtet des Scheiterns der Kommunalisierung baut die Bildungsdirektion die Gemeindeautonomie und Kompetenzen der Schulleitungen aus. Der VPOD lehnt diese Änderungen ebenfalls weitgehend ab. Bereits der neue Berufsauftrag hat gezeigt, dass die unterschiedlichen Regelungen der Schulgemeinden keinen Mehrwert schaffen, sondern unserem Ziel von vergleichbaren, guten Arbeitsbedingungen für das Personal entgegenwirken. Ein Ausbau der Kompetenzen der Schulleitungen ohne bessere Rahmenbedingungen (Ressourcen, Ausbildung und verbindliche kantonale Richtlinien) für die Personalführung gefährdet die Schulqualität.

Auch die zusätzliche Schaffung neuer Hierarchiestufen lehnt der VPOD ab. Diese würden nur zeitlichen Mehraufwand und höhere Kosten verursachen. Statt einer weiteren Leitungsebene wären Co-Schulleitungen ohne Hierarchisierung und ein Ausbau der administrativen Unterstützung der Schulleiterinnen und Schulleiter wünschenswert. Die Schulpflege sollte weiterhin nahe am Schulgeschehen bleiben. Nur so kann sie die strategische Führung und die Kontrolle der operativen Führung gewährleisten.

Umkleiden ist Arbeitszeit!

Der Regierungsrat hat die Anfrage beantwortet, ob Umkleiden als Arbeitszeit gerechnet werden muss. Und er gibt dem VPOD vollumfänglich recht.

Von Roland Brunner

Der VPOD führt seit September eine Kampagne «Umkleiden ist Arbeitszeit» und bereitet entsprechende Lohnklagen vor. Am 22. Oktober 2018 hat Michèle Dünki-Bättig, Präsidentin der VPOD-Sektion Zürich Kanton und SP-Kantonsrätin, dazu mit zwei Mitunterzeichnenden eine Anfrage im Kantonsrat eingereicht (KR-Nr. 317/3018). Diese hat der Regierungsrat am 24. Januar 2019 beantwortet – und er gibt dem VPOD vollumfänglich recht: «Es ist aus Sicht des Regierungsrates naheliegend, dass vom Arbeitgeber vorgeschriebenes und für die Berufsausübung erforderliches Umkleiden von Alltags- in Dienstbekleidung (und umgekehrt) am Arbeitsplatz grundsätzlich als Arbeitszeit zu gelten hat.»

Michèle Dünki-Bättig wollte in ihrer Anfrage auch wissen, wie der Regierungsrat sicherstellt, «dass sich die Spitäler des Kantons Zürich und vor allem die kantonalen Spitäler USZ und KSW an das geltende Arbeitsgesetz halten». Hier schwurbelt der Regierungsrat herum und spielt den Ball zurück an das

Amt für Wirtschaft und Arbeit AWA und an die Arbeitsinspektorate, die der VPOD auch schon direkt zum Handeln aufgefordert hat: «Zweckmässigerweise klären USZ und KSW stets mit dem AWA, ob und in welchem Umfang tatsächlich anfallende Umkleidezeit gemäss Arbeitsgesetz zu vergüten ist.» Zu fragen wäre hier, weshalb AWA und Arbeitsinspektorate dies nicht längst getan haben, ist es doch ihre Aufgabe, die Einhaltung des Arbeitsgesetzes zu überwachen.

Der VPOD fordert die Spitäler auf, rückwirkend auf den 1. Januar 2019 das Umkleiden und den Gang von den Garderoben zur Arbeitsstation als Arbeitszeit anzurechnen. Die Schulthess-Klinik hat dies bereits beschlossen und vollzogen. Die anderen Spitäler müssen schnellstmöglich folgen. Gleichzeitig bereitet der VPOD weiterhin Lohnklagen vor, um nötigenfalls diesen Entscheid auch gerichtlich durchzusetzen und um die während der letzten fünf Jahre nicht bezahlte Umkleidezeit rückwirkend einzuklagen. Gemäss Umfrage beim Spitalpersonal, die der VPOD durchgeführt hat, beträgt diese Zeit täglich 15 bis 20 Minuten – auf das Jahr gerechnet also zwei Arbeitswochen und auf fünf Jahre rückwirkend 2,5 Monatslöhne.

Bisher haben rund 100 Spitalangestellte den VPOD bevollmächtigt, ihren Lohn gerichtlich einzuklagen. Die Mitteilung des Regierungsrates gibt ihnen Recht und wird sicher weitere Spitalangestellte ermutigen, nicht nur Recht zu haben, sondern auch Recht zu bekommen. ■

Agenda

Informationen über Veranstaltungen und Versammlungen sind aufrufbar unter: www.zuerich.vpod.ch/kalender

Mittwoch, 27. Februar 2019
Sitzung Gruppe Volksschule
Schulhaus Hirschengraben

Samstag, 9. März 2019
Demo zum Frauenkampftag
Zürich

Sonntag, 10. März 2019
Nationaler Frauen*streik Anlass in Biel
Weitere Infos folgen.

Donnerstag, 14. März 2019
Streikkomitee Bildung, 18:00 Uhr
VPOD-Sekretariat

Sonntag, 24. März 2019
Kantons- und Regierungswahlen Zürich

Dienstag, 28. Mai 2019
GV VPOD-Lehrberufe
Aula Hirschengraben

IMPRESSUM VPOD ZÜRICH PFLICHTLEKTION: Organ des VPOD Zürich Lehrberufe, Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich, Tel: 044/295 30 00, Fax: 044/295 30 03, www.zuerich.vpod.ch, **Redaktion:** Fabio Höhener, Anna-Lea Imbach
Layout und Druck: ROPRESS, 8048 Zürich, **Nr. 1 / März 2019**, erscheint fünf Mal jährlich, 4. Jahrgang, Auflage: 3000



bei Kindertarteneintritt entscheidend sind, sowohl für die Schullaufbahn als auch für die soziale Integration.

Ursachen entscheidend

Für eine wirksame Sprachförderung ist jedoch die zentrale Frage, aus welchem Grund ein Kind die Umgebungssprache noch nicht erworben hat. Es gibt Kinder, die vor dem Kindertarteneintritt schlicht noch nicht genügend Deutschkontakt hatten und deshalb noch kaum Deutsch sprechen. Valeria wäre ein solches Kind. Ihre Fähigkeiten in der Muttersprache sind dagegen altersentsprechend, sie wird, sobald sie der deutschen Sprache genügend ausgesetzt ist, diese ohne grosse Probleme erwerben. Ruth Rieser weist in ihrem Buch «Spracherwerbsstörungen im Kleinkindalter» darauf hin, dass es ein Sprachbad von mindestens 10 Stunden pro Woche braucht, damit Kleinkinder eine Zweitsprache innerhalb von ein bis zwei Jahren möglichst gut erwerben.

Dann gibt es aber auch Kinder wie Leor, die trotz frühzeitigem, ausreichendem Kontakt mit der Umgebungssprache diese nur sehr langsam und mühevoll erwerben. Diese Kinder profitieren von einer Förderung, wie sie in der Initiative vorgesehen gewesen wäre, nicht in ausreichendem Masse. Kinder wie Leor haben bereits in der Entwicklung der Muttersprache grosse Schwierigkeiten, und landen, sofern das Umfeld rechtzeitig reagiert, häufig in der logopädischen Frühtherapie.

Logopädische Expertise wichtig

Frühbereichs-Logopädinnen und -Logopäden sind häufig mit kleinen Kindern konfrontiert, die mit mehr als einer Sprache aufwachsen. Um festzustellen, ob ein Kind Therapiebedarf hat oder von einer Sprachförderung im Rahmen einer Spielgruppe profitieren wird, braucht es logopädisches Fachwissen. Kleine Kinder mit Sprach-

Chancengleichheit herstellen

In Zürich ist eine parlamentarische Initiative für die Deutschförderung von Kleinkindern mit Migrationshintergrund gescheitert. Wie ist dies einzuschätzen? Von Silvia Groner

Valeria und Leor kommen im Sommer in einer kleinen Gemeinde im Zürcher Unterland in den Kindergarten. Beide sind in der Schweiz geboren, beide wachsen mehrsprachig auf. Valeria wird zu Hause betreut und geht seit Sommer einmal wöchentlich in eine Spielgruppe, in der Schweizerdeutsch gesprochen wird. Zu Hause hört und spricht sie vor allem Spanisch. In der Spielgruppe versucht sie die schweizerdeutschen und deutschen Lieder mitzusingen, noch redet sie kaum im Kreis. In den Freispielsequenzen sieht man sie meistens in der Puppenecke, vertieft ins Rollenspiel mit einem anderen spanischsprachigen Mädchen.

Leor besucht seit Anfang des zweiten Lebensjahres zwei Tage pro Woche eine Kinderkrippe, seine Eltern und die älteren Geschwister sprechen Albanisch und Deutsch mit ihm. Leor spricht noch wenig und wird wütend, wenn er nicht verstanden wird. Da der Kindertarteneintritt immer näherkommt und er in der Krippe meistens auch allein spielt, hat die Krippenleiterin die Eltern auf die Sprachentwicklung angesprochen. Die Eltern machen sich auch Sorgen und fragen die Kinderärztin, was sie tun sollen.

Selektives Obligatorium

In der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) des Zürcher Kantonsrats wurde kürz-

lich über eine parlamentarische Initiative befunden, die genau diese Kinder im Fokus hatte – diejenigen, die bei Kindertarteneintritt zu wenig gut Deutsch können. Moritz Spillmann, Markus Späth und Daniel Frei hatten die parlamentarische Initiative «Mit ausreichenden Deutschkenntnissen in den Kindergarten» bereits im Februar 2015 eingereicht, nach dem Vorbild eines ähnlichen Konzeptes in Basel-Stadt. Der nun gescheiterte Vorstoss zielte auf eine Änderung des Volksschulgesetzes, mit der es allen Kindern hätte ermöglicht werden sollen, sich beim Eintritt in den Kindergarten in der Schulsprache verständigen zu können. Dadurch sollte die Ungleichheit von Bildungschancen minimiert werden. Wenn «ein Vorschulkind im Hinblick auf den Eintritt in den Kindergarten über unzureichende Deutschkenntnisse» verfügt, hätten die Erziehungsberechtigten gemäss Initiativtext verpflichtet werden können, ihr Kind für ein Jahr an zwei halben Tagen pro Woche eine Einrichtung mit integrierter Sprachförderung besuchen zu lassen.

Gemäss Margrit Stamm, Professorin für Erziehungswissenschaften, ist der Kindergarten «die wichtigste Bildungsstufe überhaupt, weil er eine Schlüsselstellung für den zukünftigen Schulerfolg hat». Auch aus logopädischer Sicht ist es unbestritten, dass die sprachlichen Fähigkeiten von Kindern

«Mit ausreichenden Deutschkenntnissen in den Kindergarten»

Die Parlamentarische Initiative 47/2015 wurde am 9.2.15 von den SP-Parlamentariern Moritz Spillmann, Daniel Frei und Markus Späth-Walter eingereicht und am 11.4.16 vom Zürcher Kantonsrat vorläufig unterstützt.

Nun hat die Kommission für Bildung und Kultur die Initiative abgelehnt, insbesondere aus Gründen der Selbstverantwortung und Autonomie der Gemeinden. SP, Grüne und EVP kündigten bereits einen neuen Vorstoss zur frühen Deutschförderung an.

schwierigkeiten werden im Kanton Zürich an zwei Fachstellen Sonderpädagogik abgeklärt: am Kinderspital Zürich sowie im Sozialpädiatrischen Zentrum des Kantonsspitals Winterthur. Die dort tätigen LogopädInnen leiten in der Folge auch die nötigen Unterstützungsmassnahmen ein: Sprachförderung bei Kindern wie Valeria, dagegen logopädische Frühtherapie bei Kindern wie Leor, deren sprachliches Selbstvertrauen oft sehr gering ist und die keine Chance haben, ihre sprachlichen Defizite durch einen Ansatz wie dieser Initiative aufholen zu können.

LogopädInnen sind neben Abklärung und Therapie von Kindern mit Spracherwerbsschwierigkeiten auch für den Bereich der Prävention zuständig. Dazu gehören insbesondere die Beratung von Mitarbeitenden von Kinderkrippen, Spielgruppen, Kinderärzten und weiteren Fachpersonen bezüglich Sprachentwicklung und Mehrsprachigkeit. Seit einigen Jahren haben Eltern zudem die Möglichkeit, eine Erstberatung bei einer LogopädIn in Anspruch zu nehmen, wenn sie sich bezüglich des Spracherwerbs ihres Kindes Sorgen machen. Dieses niederschwellige, kostenlose Angebot hat zum Ziel, Eltern zu beraten, ob eine Abklärung angezeigt ist oder nicht. Wenn also Eltern von Kindern wie Leor und Valeria ein Jahr vor dem Kindergarteneintritt eine Erstberatung in Anspruch nehmen oder ihr Kind logopädisch abklären lassen, ist noch genügend Zeit, um vor dem Kindergarten Förder- oder Therapiemassnahmen einzuleiten. Deshalb wäre, nun wo der Kindergarteneintritt vorverschoben wurde, auch die Dreijahreskontrolle beim Kinderarzt enorm wichtig.

Aus fachlicher Sicht wäre es also entscheidend, dass LogopädInnen beigezogen werden, wenn es darum geht, die Kinder für frühe Sprachfördermassnahmen auszuwählen. Zudem würden wohl zwei halbe Tage Förderung nicht ausreichen, um sie sprachlich «fit für den Kindergarten» zu machen.¹ Die Erfahrung zeigt: Valeria und Leor werden ihren Weg machen. Aber auch, dass es für ihren Start im Schweizer Schulsystem durchaus wichtig ist, wie gut sie sich sprachlich ausdrücken, sich einbringen können und wie sie sich dabei fühlen. ■

¹ Die Ergebnisse einer Evaluationsstudie der Universität Basel (vgl. vpod bildungspolitik 193, S. 8-11), zeigen: Je stärker die wöchentliche Betreuungsintensität war, je länger die Einrichtung besucht wurde und je höher die Qualität war, desto bessere Deutschkenntnisse waren auch bei den Kindern festzustellen. Bei der Betreuungsintensität und bei der Betreuungsdauer bis zu einem Umfang von 24 Monaten in den ersten drei Jahren zeigten sich nahezu lineare Zusammenhänge zu den Deutschkenntnissen. Bei Kindern mit einem ausgewiesenen Sprachförderbedarf zeigte sich bei einem Einrichtungsbesuch von wenigen Halbtagen pro Woche nach einem Jahr ein Vorteil von sieben Entwicklungsmonaten gegenüber Kindern, die keine Einrichtung besuchten.

Silvia Groner ist Logopädin und arbeitet mit kleinen Kindern. Sie ist Co-Präsidentin des Zürcher Berufsverbands der Logopädinnen und Logopäden (zbl).

Erfolg durch Sesamstrasse

Der profane Nutzen des «pädagogisch wertvollen» Fernsehkonsums im Vorschulalter für Schule und Beruf. Von Thomas Ragni



Weltweit haben immer mehr Eltern wie selbstverständlich denselben ökonomistischen Blick auf die Bildung, und nur eine Minderheit – konzentriert in den gebildeten und wohlhabenden Milieus im reichen Westen – ist sich noch klar bewusst, in der global integrierten Welt gar keine andere Alternative mehr zu haben, als Bildung allein noch als Investition ins Humankapital ihrer Sprösslinge zu behandeln. So gesehen ist die herrschende Forschungspraxis der Mainstream-Bildungsexperten bloss der Ausdruck herrschender Realitäten und besitzt damit auch per se eine hohe gesellschaftliche und bildungspolitische Relevanz.

Ganz zu diesem Mainstream passt auch eine methodisch raffinierte Studie, in der die Wirkungen des Medienkonsums der Sesamstrasse der Vorschulkinder auf ihre spätere Schul- und Berufskarriere empirisch valide gemessen werden sollen.* Ausgangspunkt

der Studie ist die Kontroverse, welchen Impact frühkindliche (vorschulische) Erziehung ausserhalb des Elternhauses auf den (viel) späteren Schul- und Berufserfolg hat. Studien aus unterschiedlichen politischen Richtungen haben empirisch belegen können, dass Kinder, die in «benachteiligter» sozialer Umgebung aufwachsen müssen, ihr «Outcome» im Mittel dank solcher Vorschulprogramme spürbar verbessern.

Doch die grösste und zugleich billigste «Early childhood intervention», die bewusst zur Reduktion von Erziehungsdefiziten sozial benachteiligter Kinder lanciert wurde, die Fernsehsendung Sesamstrasse, ist in Bezug auf ihre Langfristwirkungen von der Forschung bisher völlig unbeachtet geblieben.

Methodisches Vorgehen

Wie aber können Verzerrungseffekte auf die Messung des Einflusses des Medienkon-

sums der Sesamstrasse vermieden werden? Die Kontrolle der sozialen Schicht der Kinder mittels diverser Indikatoren (Ausbildung der Eltern, Haushaltseinkommen...) allein ist nicht ausreichend, weil «versteckte» Einflussfaktoren die Wahrscheinlichkeiten des Medienkonsums der Sesamstrasse zu beeinflussen vermögen, die unabhängig vom Medienkonsum zugleich eine (positive oder negative) Wirkung auf den schulischen und beruflichen Erfolg der Zöglinge entfalten können. Zudem sind Befragungen zur Art und zum Ausmass des (sehr) lange zurückliegenden effektiven Medienkonsums notorisch unzuverlässig.

Um Probleme der empirischen Validierung zu umgehen, wäre es optimal, man könnte die Kinder einer Jahrgangskohorte rein zufällig in eine Konsum- und eine Nichtkonsumgruppe der Sesamstrasse aufteilen und Jahre später nachprüfen, ob sich der objektiv messbare mittlere Schul- und Berufskarriereerfolg beider Gruppen statistisch signifikant unterscheidet. Bei genügend grossen Teilgruppen müssen sich alle anderen möglichen Einflussfaktoren auf den Karriereerfolg gleichartig verteilt haben – ganz egal, ob sie messbar sind oder nicht, oder ob sie überhaupt jemals als mögliche Einflussfaktoren in Betracht gezogen worden sind.

Die Autoren haben das Dilemma der Unmöglichkeit der zufälligen Zuordnung der Kinder zu den beiden Gruppen – bei gleichzeitiger Beobachtung der Langzeitfolgen auf die Karriere – gelöst, indem sie sich technische Beschränkungen aus der Frühzeit des Fernsehens für ein Natural experiment zunutze gemacht haben: Als 1969 die Sesamstrasse erstmals ausgestrahlt wurde, konnten nur zwei Drittel aller Haushalte das UHF-Signal empfangen, mit dem das Programm des Senders Public Broadcasting System (PBS) – und damit auch die Sesamstrasse – gesendet wurde. Falls der frühe Konsum der Sesamstrasse tatsächlich positive Auswirkungen auf den Bildungs- und Karriereerfolg hat, müsste mit steigendem Abdeckungsgrad des UHF-Signals ab 1969 in den Counties (Bezirken) auch der mittlere Schul- und Berufskarriereerfolg der Kinderjahrgänge, die 1969 noch in der Vorschule waren, in den Counties statistisch signifikant zugenommen haben. Auf die Kinderjahrgänge, die 1969 bereits in der Primarschule waren, hätte sich der umso höhere Abdeckungsgrad mit dem UHF-Signal dagegen nicht mehr in einen umso besseren mittleren Karriereerfolg niedergeschlagen haben können.

Der UHF-Abdeckungsgrad fungiert hier als «Children's potential exposure to Sesame Street programming», zusammen mit der zuverlässigen Erfassung des Wohlstandsniveaus der Counties kann der separate Effekt des UHF-Abdeckungsgrades auf den lang-

fristigen Schul- und Berufskarriereerfolg der Kinder im Vorschulalter sauber isoliert werden. Eine empirisch und methodisch exakt reproduzierte Placebo-Schätzung für die Kinderjahrgänge zehn Jahre zuvor zeigt keinen Effekt des UHF-Abdeckungsgrads auf den Karriereerfolg.

Wirksam, aber warum?

Der Schulkarriereerfolg der betrachteten Kinderjahrgänge, die kurz vor und nach 1969 in die Primarschule eintraten, wird durch die Indikatoren Highschool dropout, Highschool graduate und Collegezugang im Jahr 1990 gemessen, und ihr Berufskarriereerfolg wird durch den Stundenlohn, den Beschäftigungsstatus und den Armutsstatus im Jahr 2000 erfasst.

In Bezug auf diese Indikatoren zeigt sich ein oft signifikant positiver, stets aber nur schwacher Einfluss der «Potential exposure to Sesame Street» auf den späteren Schul- und Berufskarriereerfolg. Konkret nimmt z.B. die Beschäftigungsquote von County A zu County B im Jahr 2000 im Mittel aller Kinder (in der Punktschätzung) um rund einen Prozentpunkt zu (z.B. von 75 auf 76 Prozent), wenn der UHF-Abdeckungsgrad im Jahr 1969 in County B um 30 Prozentpunkte höher gewesen ist als in County A, und ansonsten sich County A und County B in nichts anderem unterscheiden (sogenannten «Ceteris paribus-Bedingung»).

Überdurchschnittlich stark sind die positiven Effekte des Fernsehkonsums der Sesamstrasse auf den Schulkarriereerfolg bei Knaben, bei schwarzen, nicht hispanischen Kindern und bei Kindern, die 1969 in überdurchschnittlich armen Counties gewohnt haben. Und diese positiven Effekte werden realisiert bei Kosten von nur rund fünf Dollar (in heutiger Kaufkraft) pro Kind und Jahr.

Zu beachten ist allerdings, dass der genaue kausale Wirkmechanismus zwischen (potentiellem) Fernsehkonsum der Sesamstrasse und Schul- und Berufskarriereerfolg nicht identifiziert werden können. So gelingt es den Autoren zum Beispiel nicht, einen empirisch signifikant positiven empirischen Effekt dieses Fernsehkonsums auf standardisierte Test scores nachzuweisen, weder in Mathematik, Wortschatz und Lesefähigkeit noch in der sozio-emotionalen Entwicklung (Eigenverantwortlichkeit, Selbstwertschätzung, Diszipliniertheit, Wertschätzung des harten Arbeitens). Somit bleibt die genaue Wirkungsweise des Konsums der Sesamstrasse letztlich weiterhin ein Rätsel. ■

Literaturangabe:

* M. S. Kearney, P. B. Levine, Early Childhood Education by Television: Lessons from Sesame Street, in: American Economic Journal: Applied Economics 2019, 11(1), S. 318-350.



Interkulturelle Weiterbildung

Studienreise nach Albanien und Kosova

07.-17. Oktober 2019 (Herbstferien)

Albanien war bis zu Beginn der 90er Jahre von einer kommunistischen Diktatur geprägt. Nach der Öffnung des Landes ist Albanien nun auf dem Weg in die EU und NATO-Mitglied seit 2009. Einige kulturhistorische Stätten gehören zum UNESCO-Weltkulturerbe und ziehen gemeinsam mit den bezaubernden Landschaften immer mehr Touristen an.

Kosova, seit 17. Februar 2008 unabhängig, ist ein Land mit grossen Kontrasten – und ein Land mit engen Beziehungen zur Schweiz. Viele SchülerInnen albanischer Eltern gehen bei uns zur Schule, ihre Eltern arbeiten in verschiedenen Bereichen der Schweizer Wirtschaft und leisten einen wichtigen Beitrag für das Wohl des Landes.

Während unserer Reise werden wir Spuren vergangener Herrscher und Eroberer verfolgen und eindruckliche Kulturdenkmäler aus der illyrischen, mittelalterlichen, osmanischen und gegenwärtigen Zeit besuchen.

Neben den Hauptstädten Tirana und Prishtina besichtigen wir unter anderem die Städte Kruje, Peja und Prizren im Norden, Durres, Vlora und Sarande an der Küste sowie Berat und Gjirokaster im Landesinneren. Geplant sind zudem Gespräche mit Bildungsverantwortlichen sowie der Besuch zweier Volksschulen. Und wir erfahren, in welchem Rahmen die Schweiz in Albanien und Kosova Entwicklungshilfe leistet.

Während der Reise durch die beiden Länder werden wir die herzliche Gastfreundschaft der Menschen erleben, gutes Essen geniessen sowie Albanien und Kosova mit ihren grossen gesellschaftlichen wie auch landschaftlichen Gegensätzen entdecken.

Zielgruppe: Lehrpersonen aller Stufen und andere Interessierte (maximal 20 Personen)

Leitung: Nexhat Maloku, Mediator CAS, Präsident des Albanischen Lehrer- und Elternverbandes in der Schweiz

Prospekt und Anmeldung:

**Nexhat Maloku,
Hagenbuchrain 32,
8047 Zürich
Tel. 076 569 20 80
E-Mail: nmaloku@sunrise.ch**

**Preis: Fr. 1890.00
(alles inklusive)**



Bildung als Prozess

Von der Offenheit für Erkenntnis und der immer wiederkehrenden Suche nach einem Gleichgewicht. Von Peter Wanzenried

Vor genau 50 Jahren begann ich mein Pädagogikstudium und machte mich auf die Suche nach einem mir zusprechenden Bildungsverständnis und auf gangbare Wege von den grossen Idealen pädagogischer Ansätze zu den kleinen Taten des schulischen Alltags.

Es herrschte Aufbruchstimmung zu jener Zeit. Die geisteswissenschaftliche Pädagogik versuchte den traditionellen Bildungskanon neu zu umreissen und die Forderung nach ganzheitlicher Bildung praktikabel zu machen. Mit einem kritisch-emanzipatorischen Bildungsverständnis sollten die politischen Wunden nach dem zweiten Weltkrieg überwunden und Hoffnungen auf mehr Autonomie erfüllt werden. Empirische Erziehungswissenschaft und Curriculumforschung strebten nach messbaren Ergebnissen schulischer Bildungsprozesse. Zwischen diesen Ansätzen eine praxiswirksame Didaktik aufzubauen, war mein Anliegen damals als junger Seminarlehrer.

Wege zu fortschrittlicher Bildung

Da traf ich eines Tages im Lehrerzimmer auf einen älteren Herrn, der ein Wahlfach unterrichtete: Hermann Levin Goldschmidt. Ein jüdischer Philosoph, der in den 30er Jahren nach Zürich gekommen war. In seinem Buch «Freiheit für den Widerspruch» (1976) fokussierte er auf das Menschenrecht für Differenz und Verschiedenheit. Das hat bedeutsame Implikationen für unser Bildungsverständnis, sei es im Unterricht, in Lehrerteams, in der Bildungspolitik, im multikulturellen Kontakt. Damit war für mich eine klare Perspektive geöffnet, der ich weiter folgen wollte.

Und ich erhielt Gelegenheit dazu. Mit der Berufung in die Projektleitung für den neuen Lehrplan des Kantons Zürich war ich herausgefordert, mich für dieses Bildungsverständnis in unzähligen Konfrontationen einzusetzen. Da war ich dankbar für Unterstützung durch ein fortschrittliches Bildungsverständnis wie etwa dem von Gunter Otto und Michael Sauer: «Mit welchen Gründen redet Ihr wann von Bildung?

- Bildung ist nur als Prozess beschreibbar und nicht als Kanon von Inhalten
- Bildung ist die Fähigkeit, Perspektiven zu wechseln und Fachgrenzen zu überschreiten
- Bildung braucht die Kombination differenzierter Zugriffe und wird durch Vereinseitigung oder Fixierung verhindert.
- Bildung geschieht im sozialen Kontext und ist gebunden an Selbstreflexion.»*

Nach Abschluss des Balanceaktes, ein solches Bildungsverständnis in einen in demokratischen Entscheidungsprozessen entwickelten Lehrplan umzusetzen, folgte ich der Einladung zu einem Bildungsurlaub am Lesley College in Cambridge USA, am Institut for the Arts and Human Development. Und dort erhielt mein pädagogisches Selbstverständnis nachhaltige neue Impulse. Paolo Knill und andere Dozierende nahmen mich auf in ihren Kreis und liessen mich teilhaben an ihrer Suche nach Wegen, mit Einbezug der Künste einen Beitrag zur menschlichen Entwicklung zu leisten.

Ästhetisch-konstruktivistisches Bildungsverständnis

Aisthesis als Gegensatz zu Anaesthesia: Die Fähigkeit das wahrzunehmen, was im multimedialen Getöse unseres Alltag unseren abgestumpften Sinnen verborgen bleibt.

Mutig all die Konzepte und eingeübten Verhaltensmuster dekonstruieren, mit denen wir uns absichern und zuversichtlich die Perspektive wechseln. Dazu ist es notwendig, die Erfahrungen in unseren alltäglichen Lebenswelten mit weiteren Modalitäten des Erfahrens, Handelns und Reflektierens zu ergänzen:

- mit interdisziplinären wissenschaftlichen Zugängen
- mit Ausdrucksformen der verschiedenen Künste
- mit ethischen und spirituellen Klärungen verschiedener Wertvorstellungen.

Erst damit wird aus meiner Sicht ganzheitliche Bildung in unserer postmodernen oder gar postpostmodernen Zeit ernsthaft ins Spiel gebracht. Damit greife ich auf eine ursprüngliche Bedeutung des Wortes «Spiel» zurück: Es klemmt nicht und es lottert nicht. Weder enge Kompetenzraster und operationalisierte Zielvorgaben noch konzeptloser offener Unterricht sind angesagt. Es gilt, immer wieder das Gleichgewicht zu verlassen, aus der zentrierten Mitte zu fallen und ein neues Gleichgewicht zu finden. Neue Lösungen zu finden erfordert oft, auf sorgsam gehütete Sicherheiten zu verzichten und für Überraschungen offen zu sein. Bildung also als Prozess von Konstruktion, Dekonstruktion und Rekonstruktion dessen, was wir für die Wirklichkeit halten. Dieses Bildungsverständnis möchte ich abschliessend umreissen:

Bildung als Dezentrierung

- Bildung als Aufwachen aus der Anästhesierung durch die Macht der Gewohnheit: befreit auf das Vertraute blicken und neugierig eine neue Geschichte beginnen.
- Bildung als Innehalten vor dem schnellen Urteil über das offenkundige Hier und Jetzt: den stillen Moment des Zögerns geniessen und das Sichtbare mit dem Unsichtbaren verbinden.
- Bildung als Erdauern tiefer Enttäuschung und Auswegslosigkeit: aus der Leere Hoffnung schöpfen und mit klarem Blick einen Aufbruch wagen.
- Bildung als Loslassen von allem, was unabänderlich scheint: aus jeder Enge aufbrechen und immer wieder neu ein Gleichgewicht suchen.
- Bildung als Erweitern des Spielraums für mein Denken und Handeln: überraschende Erfahrungen sammeln und lustvoll das Scheitern wagen.
- Bildung als Balancieren zwischen zweckfreiem Spiel und absichtsvollem Planen: dem Zufälligen Raum gewähren und Visionen im Auge behalten.
- Bildung als Einstehen für gewonnene Überzeugungen und gesteckte Ziele: das Gute und Schöne erstreben und daraus für andere keine Vorschrift machen.

- Bildung als Zweifel an jeder laut verkündeten Lehre und Weisheit: glauben, dass «Wahrheit» viele Namen hat und gerade die Vielfalt bedeutsam ist. ■

* Gunter Otto/Michael Sauer (1988): Horizonte von Bildung: Die Perspektive heisst Bildung. In: Friedrich Jahreshefte VI: Bildung – Die Menschen stärken, die Sachen klären.

Literaturhinweise:

Eberhardt, Herbert (Hrsg.) Kunst wirkt. Kunstorienteerte Lösungsfindung in Beratung, Therapie und Bildung. Zürich, 2007: EGIS-Verlag. Darin mein Beitrag: Reflektieren in Sprachen der Künste.

Eberhart, Herbert und Paolo Knill, Lösungskunst. Lehrbuch der kunst- und ressourcenorientierten Arbeit. Göttingen, 2009: Vandenhoeck & Ruprecht.

Wanzenried, Peter. Unterrichten als Kunst. Zürich, 2004 (2. Auflage 2008): Pestalozzianum. Theoretische Bezugsrahmen zur ästhetisch-konstruktivistischen Begründung von Arts in Learning mit Umsetzungsbeispielen aus der Unterrichtspraxis.

Peter Wanzenried war bis 2005 Dozent an der Pädagogischen Hochschule Zürich und lehrt jetzt an der European Graduate School (EGS) und dem Institut InArtes. Seine Schwerpunkte sind Pädagogik, Didaktik und ästhetische Bildung. Er ist Autor der Bücher «Spielräume für Bildung» und «Unterrichten als Kunst».

«Mann des Volkes» und Opfer der Syphilis

Eine Biographie über ein ungewöhnliches Ostschweizer Politikerleben im 19. Jahrhundert vermittelt sozialgeschichtliche Einblicke. Von Martin Stohler

Der Name des Thurgauer Politikers Ulrich Baumann (1851–1904) sagt heute allenfalls noch Spezialisten etwas. Dies liegt unter anderem daran, dass Baumann infolge seines tragischen Ausscheidens aus der Politik schon zu Lebzeiten in Vergessenheit geriet. Zudem lassen sich die Spuren seines Wirkens nur mit Mühe wiederentdecken oder sind weitgehend verwischt. Letzteres macht es nicht einfach, eine Biografie Ulrich Baumanns zu schreiben. Umso erfreulicher ist es, dass der Historiker Werner Baumann sich dieser Herausforderung gestellt und dem Leben seines Urgrossvaters eine kleine Schrift gewidmet hat. Denn sie erinnert nicht nur an das Leben eines Menschen, in dem sich Typisches an Untypischem reibt, sondern zugleich an eine Epoche, in der die moderne Schweiz wirtschaftlich und politisch Gestalt annahm. Damit weist das Buch auch über das individuelle Schicksal Baumanns hinaus.

Anwaltspatent ohne Matur und Studienabschluss

Zum Untypischen gehört, dass der Bauernsohn Baumann eine höhere Ausbildung erhielt, die es ihm schliesslich erlauben sollte, das Thurgauer Anwaltspatent zu erwerben. Dabei verlief Baumanns Bildungsweg keineswegs gradlinig und war mit erheblichen Kosten verbunden. Denn infolge der anfälligen Gesundheit des jungen Mannes kam es zu Schul- und Studienabbrüchen. So besuchte Baumann zwar vorübergehend das Gymnasium am Münsterplatz in Basel und studierte einige Semester an den Universi-

täten von Bern, Heidelberg und München. Er scheint aber weder die Matura noch einen Universitätsabschluss besessen zu haben. Dass er das Anwaltspatent erwerben konnte, ist dem Umstand geschuldet, dass das Thurgauer Anwaltsgesetz zwar vorschrieb, dass die Anwälte «in schwarzer Kleidung und Hut vor Gericht zu erscheinen» hatten, aber keinen juristischen Universitätsabschluss vorweisen mussten.

Wie Werner Baumann bemerkt, war der Bildungsweg seines Urgrossvaters «ungewöhnlich, aber nicht einzigartig. Zwei fast gleichaltrige politische Gesinnungsgenossen, die St. Galler Politiker Joseph Scherrer-Füllemann (Regierungs- und langjähriger Nationalrat) und Heinrich Scherrer (Präsident des Grütlivereins, Regierungs-, National- und dann Ständerat), die beiden Begründer der Demokratischen und Arbeiterpartei in ihrem Kanton, waren ebenfalls Bauernsöhne.»

Vom Ständerat ins Irrenhaus

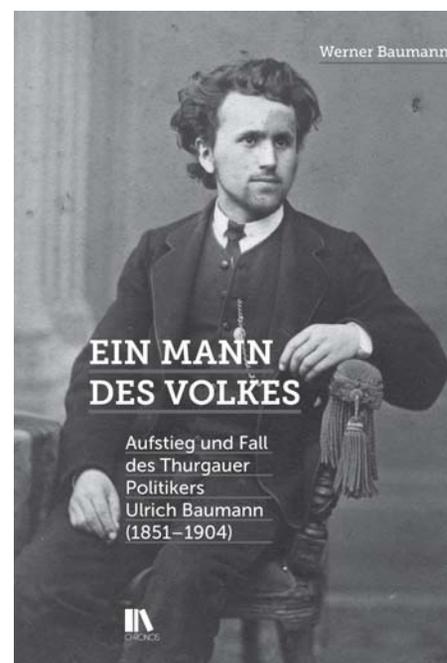
Während seiner Studienzeit war bei Ulrich Baumann auch das Interesse an der sozialen Frage erwacht. Den Freisinnigen und dem von ihnen etablierten politischen System traute er deren Lösung offenbar nicht zu. So schloss er sich nicht ihnen, sondern den sich neu formierenden Demokraten an.

Als Politiker brachte es Baumann bis zum Ständerat. 1874 wurde er zunächst in den Gemeinderat von Neukirch gewählt, 1875 schaffte er den Sprung in den Thurgauer Grossen Rat. Im selben Jahr wurde er auch an das Bezirksgericht Arbon gewählt. Von

den Einkünften, die das Richteramt abwarf, konnte Baumann seine Familie nicht ernähren. Zusammen mit seiner Frau betrieb er ein Wirtshaus, zudem arbeitete er auch als Gemeindeschreiber.

Baumanns politischer Aufstieg ist vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Veränderungen des Kantons Thurgau und der einsetzenden Industrialisierung zu sehen. Hinzu kommt die Infragestellung des freisinnigen Politik-Monopols durch Konservative und Demokraten, die nicht vor Zweckbündnissen zurückschreckten.

1888 gelang Baumann die Wahl in den Ständerat – kaum im Amt hatte er aber einen geistigen Zusammenbruch als Spätfolge einer Ansteckung mit Syphilis. In der Folge verbrachte Baumann rund die Hälfte der letzten 15 Jahre seines Lebens in Irrenhäusern, wobei er von 1891 bis zu seinem erneuten Zusammenbruch im Jahr 1898 wieder Einsitz in den Gemeinderat, den Grossen Rat und ins Bezirksgericht nahm und ein aktives, engagiertes Leben führte. 1904 erlag er den Folgen der progressiven Paralyse. «Ironischerweise», so Werner Baumann, «sind die acht Jahre in psychiatrischen Kliniken die bestdokumentierten (...) Die Akten zeigen uns das deprimierende Leben in einer solchen Anstalt um die Jahrhundertwende, aber sie enthalten auch interessante Hinweise auf Baumanns Leben überhaupt und auf seine Persönlichkeit.» ■



Werner Baumann: Ein Mann des Volkes – Aufstieg und Fall des Thurgauer Politikers Ulrich Baumann (1851–1904).

Chronos Verlag, Zürich 2018. 133 Seiten, 29 Franken.



Rituale in der Schule

Mit der Herausgabe eines Buchs über Rituale an Schulen leistet der LCH einen wertvollen Beitrag für die Unterrichtsentwicklung, von dem sich Lehrpersonen und andere bildungsinteressierte Personen inspirieren lassen können. Von Daniel Weibel

Rituale nützen bei Übergängen, dienen der Sozialisation, tragen zur Zusammengehörigkeit bei, stiften Identifikation, geben Struktur, aktivieren körperlich und geistig sowie vieles andere mehr. Diese stehen im Spannungsfeld von Ordnung und Freiheit, Gemeinschaft und Individualität, subjektiver Bedeutsamkeit und äusserem Rahmen sowie Veränderung und Konstanz.

Ich möchte mich im vorliegenden Text einerseits mit den Inhalten des Buchs «Rituale an Schulen – wirksam und unterschätzt» befassen, andererseits den Begriff in Bezug auf tägliche Rituale in der Schule und zuhause auch etwas kritisch betrachten. Diese verlangen unbedingt unsere Aufmerksamkeit, weil sie unter Umständen fragwürdigen Dynamiken wie Kontrolle, Machterhaltung, Disziplinierung, etc. unterliegen.

Die Herausgebenden Jürg Brühlmann und Deborah Conversano präsentieren einerseits Fachtexte von sechs verschiedenen Expertinnen und Experten und andererseits Fallbeispiele von Lehrpersonen, Schulleitenden, Dozierenden an pädagogischen Hochschulen und anderen an Schulen oder Tagesschulen tätigen Personen, etwa auch von einem Hauswart.

Begriffsreflexion

Zunächst ist der Begriff «Ritual» semantisch zu untersuchen, welcher im Alltag allzu allgemeinert verwendet wird. Ursprünglich bezeichnet «Ritual» (lateinische Kirchensprache: «ritualis», Papst Paul V., 1614) einen religiösen Brauch, der sich durch festgelegte feierliche Handlungen, bestimmte Wortformeln und Gesten auszeichnet.

Im heutigen Sprachgebrauch ist die Grenze zwischen Ritual und Gewohnheit/Routine nicht immer klar. Die Religionswissenschaftlerinnen Sophie Faulstich und Paula Schrode stellen fest, dass die Unterscheidung zwischen Ritual und Zeremonie, Fest, Feier, Olympischen Spielen, Tischsitten, Routine, Kult, Ritus etc. nicht immer eindeutig ist und sich die Bedeutung dieser Begriffe je nach Verwendung verschiebt.

Kompensationsfunktion

Christoph Wulf, Professor für Erziehungswissenschaften an der Freien Universität Berlin, schreibt dazu: «Rituale versprechen eine Kompensation der mit der Moderne verbundenen Verlusterfahrungen von Gemeinschaftlichkeit, von Identität und Authentischem, von Ordnung und Stabilität,

die mit den Tendenzen zum Individualismus, den Erosionen sozialer und kultureller Systeme verbunden sind.»

Hier zeigt sich aus meiner Sicht ein kritisch zu betrachtender Aspekt unserer Gesellschaft, welcher begünstigt, dass Rituale an Schulen Aufwind bekommen: Der Sinnverlust. Ob in Zufriedenheits-Umfragen oder Burn-Out-Statistiken, überall ist die Frage nach dem Sinn zentral. Auch Lernerfolg ist ein Bereich, welcher ohne Sinnstiftung zum Scheitern verurteilt ist. Braucht es also schon nur deshalb wieder vermehrt Rituale, weil wir Gemeinschaftssinn, Zugehörigkeit, Identifikation zu einem grossen Teil verloren haben?

Gerald Hüther hat menschliche Bedürfnisse in einer, für mein Verständnis wunderbaren Weise in einem Interview auf Youtube zusammengefasst: Der Mensch sehnt sich nach Verbundenheit und nach Wachstum. Sozusagen Wurzeln und Flügel. Viele Rituale, ungeachtet ob sie dem Tiefgang oder der Oberflächlichkeit unterliegen, sind solche Verbundenheitsbestrebungen.

Schule als Ritual

Begrüßungsrituale Jugendlicher lassen mich oft jeweils schmunzeln, dass jedoch Massen bestimmten Fashion-Labels hinterherrennen und sich so freiwillig einem rituellen Einheits-Branding unterwerfen, generiert bei mir hingegen eher Kopfschütteln. An dieser Stelle frage ich mich, wie es mit gewissen Ritualen innerhalb der Struktur unseres Bildungssystems steht, beispielsweise der Selektion, der Notengebung oder den Hausaufgaben.

Alte Kulturen haben immer ihre Initiations-Rituale gepflegt. Unsere christliche Kultur hätte eigentlich noch Überbleibsel davon. So werden etwa mit der Kommunion oder der Konfirmation Kinder und Jugendliche in die christliche Gemeinschaft aufgenommen. Als Lehrer habe ich sehr viele Konfirmationen miterlebt und möchte deren kommerziellen Examenscharakter nicht im Detail kommentieren. Von Initiation spüre ich da jedenfalls wenig. Doch werde ich den Gedanken nicht los, dass die Selektion, der mögliche Übertritt ins nächsthöhere «Level des Bildungs-Games» unser eigentliches Initiationsritual geworden ist. Stereotype Sätze von Eltern und Lehrpersonen wie «In der Sek, da bläst dann ein anderer Wind» oder «Jetzt beginnt dann der Ernst des Lebens», «Bald ist fertig luschtig!» im Zusammenhang mit dem Übertrittsszenario, haben mich immer befremdet. Aber die ganze Selektionsprozedur, welche sich über viele Monate hinzieht, ist für mich ein schulisches Ritual, welches mehr Probleme schafft, als es löst.

Mit der Diagnose, dass «die ganze Schule [...] eine rituelle Veranstaltung» ist, geht der Ritualforscher Christoph Wulf noch einen Schritt weiter. Wenn dem so ist, warum schaffen wir dann nicht neue Rituale, welche nach psychologischen Gesichtspunkten alle Kinder positiv beeinflussen, nicht bloss die «Winner»? Stattdessen argumentieren wir mit der These, dass der Übergang ins Berufsleben mit dem entsprechenden Selektions-Etikett effizienter und effektiver sei: «Die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen.» (Der anarchistische Player meines inneren Teams ruft, «dies alles ist nötig in einem System, in dem eine verschwindend kleine Elite das Geld und die Macht besitzt, in dem dagegen alle, welche ihr Geld mit ehrlicher Arbeit verdienen, nie auf einen grünen Zweig kommen dürfen.» Verzeihung, ich schweife ab!). Kurz und gut: Die Selektion, dieses Pseudo-Initiationsritual, gehört abgeschafft. Zu den drei Klumpfüssen der Bildung, gehören nebst der Selektion auch noch die Noten und die Hausaufgaben. Letztere habe ich bereits in der «bildungspolitik 200» kritisch beleuchtet, hinweisen möchte ich hier noch auf den NZZ-Artikel «Hausaufgaben: Ein pädagogisches Ritual überlebt», der im September 2013 erschienen ist.

Ambivantes Werkzeug

Beruflich als Lehrer und hobby-mässig als Wertungsrichter im Geräteturnen habe ich das Notenerteilen als nahezu reflexartiges Handeln entwickelt. Meine Schülerinnen und Schüler wie auch die GeräteturnerInnen akzeptierten jeweils die Noten ohne Wenn und Aber. Das liegt auch daran, dass diese jeweils unmittelbar und überdeutlich direktiv kommen. Auf Leistung folgt die Note wie das Amen in der Kirche. Folgt man Sophie Faul-

stich und Paula Schrode (vgl. Brühlmann / Conversano Hg.), zählt das Notenerteilen auch zu den Ritualen der Schule.

Darüber hinaus erinnere ich mich auch noch an das Verteilritual von Klausuren. Ich hatte sogar einmal ein Klausurverteilungsritual eingebürgert, in welchem die Schülerinnen und Schüler immer wussten, dass der erste, der eine Klausur zurückerhält, bestanden hat. Dass derjenige aber, der den Test zuletzt in die Hand gedrückt bekommt, der Loser ist! Dieses grossartige Beispiel einer miserablen Pädagogik möchte ich exemplarisch dafür hochhalten, wie destruktiv gewisse Rituale sind, welche sich zum Teil recht unbewusst in den Schulalltag hineinschleichen. Sie gehören entdeckt und entlarvt. Falls noch ein zweiter Band von «Rituale an Schulen» herauskommen sollte, möglicherweise mit dem Untertitel «Wirksam, destruktiv und unmenschlich», stelle ich das erwähnte Beispiel gerne zur Verfügung.

Trotz vielen positiven Effekten von Ritualen wissen wir aus der Geschichte und eigenen lebhaften Schulzeiterfahrungen, wie Rituale im negativen Fall dazu dienen können, Kinder und Jugendliche zu disziplinieren und Macht zu sichern. Als Werkzeug sind sie daher mit Bedacht einzusetzen, denn sie können ebenfalls der Manipulation und der Unterdrückung dienen.

Dazugehören und hinzukommen

Um aber meinen Artikel nicht ausschliesslich negativ zu beenden, möchte ich zwei Rituale meines Lebens erwähnen, eines aus der Freizeit als kleiner Junge, das andere aus der Zeit als Primarlehrer

Dazugehören: In der Pfadi, ich war im Fähnlein Biber, hatten alle Fähnlein (Untergruppen) einen Schlachtruf. Unser Venner (Anführer) bemühte sich zuerst mehrmals mit gehalt- und sinnvollen Sätzen, welche mit Moral und Ethik gespickt waren. Die umliegenden Fähnlein blieben jeweils peinlich unberührt. Plötzlich hatten wir die geniale Idee zu einem klangmalerischen Kauderwelsch, welches mich rückblickend an einen Schlachtruf der polinesischen Rugbymannschaften erinnert, den Haka. Im Handumdrehen wurde damals der Schlachtruf des Fähnlein Biber Kult.

Einstiegsritual: Im Unterricht mit Mischklassen von der 3. bis zur 5. habe ich einmal spontan ein Morgenanfangsspiel gemacht. Ein grosser Wind-Gong an der Wand wurde mit einem Schlägel geschlagen. Die Kinder schlossen die Augen und lauschten dem Klang. Die Augen wurden erst wieder geöffnet, sobald der Ton verklungen war. Bald schon durfte jeweils ein Kind den Gong selber schlagen. Ein tolles Ritual war impliziert. Es reichte später schon, ein Kind bloss anzuschauen, mit dem Kopf Richtung

LeserInnenbrief

Zu «Produktionsstätte von geringen Selbstwertgefühlen», von Susanne Beck-Burg, in: vpod bildungspolitik 208, S. 24-25.



Bestätigung und Dank

Danke für diesen schönen und tief-sinnigen Artikel, der zudem sprachlich umwerfend geschrieben ist. Was mir besonders gefällt, ist, dass Dinge von verschiedenen Seiten her betrachtet werden. Die Überlegungen zur Entwicklung von Mitgefühl gegenüber Kindern, die sich nicht wohl fühlen in einer Klasse, scheinen mir von bestechender Klarsichtigkeit, wie auch die Ausführungen zum persönlichen Integriert- oder Nicht-Integriert-Sein im Erwachsenenalter.

Dass die Systemdimension stets mitgedacht wird, ohne dass das einzelne Kind, der einzelne Mensch, dabei verschwindet, scheint mir sehr fruchtbar. «Ja genau, ja genau», habe ich beim Lesen immer wieder gedacht, «und so treffend formuliert!» So viel Lebenserfahrung und Reflexion, eingegossen in einen Text, der einen scharfen Blick auf die Realität wirft, ohne deren Vielschichtigkeit beiseitezuzwischen. Danke dafür.

von Karin Vogt, Basel

Gong zu weisen und schon schlossen sich alle anderen Augen, während das Kind zum Schlägel ging und den Gong schlug. ■

Literatur

J. Brühlmann/D. Conversano, Hrsg., 2018 Rituale an Schulen. Verlag LCH

Von der Groeben, A. 1999. Was sind und wozu brauchen Schulen «gute» Rituale?

Kaiser, A. 2000. 1000 Rituale für die Grundschule. Baltmannsweiler: Schneider.



Daniel Weibel, 54, Schulleiter in Ersigen (50%) und Musiklehrer (20%). Er ist Mitglied im Vorstand des VSOS und des VSLBE sowie Präsident des Elternvereins Nidau.



Palmöl aus Indonesien

Ein Film über die Auswirkungen des Palmölbooms.

Von Dorothee Lanz

Die Geschwister Pia und Mogi leben in Indonesien, in einem Dorf auf der Insel Borneo. Schon von klein auf lernen sie, wie wichtig der Wald für sie ist: Sie finden darin Nahrung und Baumaterial für ihre Häuser. Doch nun ist ihnen von dem einst riesigen Urwald nur noch ein kleines Stück geblieben. Der Rest wurde abgeholzt, um Palmölplantagen Platz zu machen: Das Fett der Ölpalme ist in Europa sehr beliebt, es steckt in Fertiggippen, Lippenstiften, Kuchenteig, Sonnencreme und vielem mehr. Pia und Mogi appellieren an die europäischen ZuschauerInnen, doch bitte mehr eigenes Fett zu verwenden, damit ihr Lebensraum in Borneo nicht weiter zerstört wird.

Kinder äussern sich

Die Reportage beleuchtet soziale, ökologische und ökonomische Aspekte der Palmölproduktion und zeigt globale Zusammenhänge und Missstände auf. Dabei nimmt der Film eine anwaltschaftliche Haltung zur Thematik ein und vertritt die Perspektive der Geschädigten des Palmölbooms. Die engagierte Filmemacherin und Fernsehjournalistin Inge Altmeier ist eine Kennerin der Palmöl-Thematik und beobachtet die Entwicklung in Borneo seit vielen Jahren. Da der Film Kinder zu Wort kommen lässt und

kindgerechte Themen (Essen) aufgreift, wird das komplexe Thema auch für ein jüngeres Publikum vermittelbar.

BNE-Kompetenzen

Zur Bildung für Nachhaltige Entwicklung gehören spezifische personale, soziale, fachliche und methodische Kompetenzen. In den Impulsen zum Film werden Kompetenzen wie das vernetzte Denken, Perspektiven wechseln oder interdisziplinäres und multiperspektivisches Wissen aufbauen gefördert. Die Impulse unterstützen die SchülerInnen dabei, sich als Teil der Welt zu erfahren, Verantwortung zu übernehmen und Handlungsspielräume zu nutzen.

Unterrichtsideen (ab 12 Jahren)

Ziele:

- Die SchülerInnen wissen, was Palmöl ist, woher es kommt und wie es verarbeitet wird.
- Sie erkunden, in welchen Produkten Palmöl drin ist.
- Sie erkennen Folgen des Palmölanbaus für Mensch, Umwelt und Wirtschaft und befassen sich mit unterschiedlichen Perspektiven und Interessen.
- Sie erkennen Zusammenhänge zwischen unserem Konsumverhalten und den Aus-

wirkungen für Menschen und Natur in Indonesien.

Ablauf:

1. Vor dem Film, als Hausaufgabe

- Die SchülerInnen auffordern, Vermutungen anzustellen, was Palmöl ist, ob sie es schon mal gegessen haben und worin es enthalten ist. Sie versuchen ihre Vermutungen zu verifizieren im Gespräch miteinander, mit den Eltern, mit Angestellten eines Supermarktes usw.

Oder:

- Die SchülerInnen bitten, zu Hause im Vorratsschrank oder in einem Supermarktfragen auf den Verpackungen verschiedener Produkte (Lebensmittel, Kosmetika, Putzmittel) nachzuforschen, ob Palmöl/Palmfett enthalten ist. Verschiedene Produkte derselben Gruppe anschauen und vergleichen: Hat es in allen Margarine/Knuspermüesli/Fertigpizzas/Beutelsuppen Palmöl oder gibt es auch palmölfreie? Allenfalls Produkte mitbringen für Ausstellung oder Quiz.

Information für die Lehrperson: Seit Anfang 2016 gibt es in der Schweiz für Lebensmittel eine Deklarationspflicht für Palmöl; vorher stand oft der unspezifische Begriff «Pflanzenfett/Pflanzenöl». Für Reinigungsmittel, Körperpflege und Kosmetika besteht keine



Pflicht, dort kann sich Palmöl nach wie vor hinter der Bezeichnung «Pflanzenöl» oder hinter zahlreichen chemischen Fachbegriffen wie z.B. «Sodium Lauryl Sulfoacetate» verstecken (vgl. www.umweltblick.de/index.php/palmoel)

Oder:

- Alle bringen ein Produkt, welches Palmöl enthält, in die Schule mit. Die Ausstellung der Produkte wird mit Smartphone oder Tablet fotografiert und als «Reminder: Achtung Palmöl!» aufbewahrt/verteilt.

2. Film schauen

3. Nach dem Film

Einstiegsmöglichkeiten

- Einzelarbeit: Die Kinder schreiben PALMOEL in Grossbuchstaben senkrecht auf ein Blatt. Dann haben sie 5 Minuten Zeit, an den Film zurückzudenken und zu jedem Buchstaben einen passenden Begriff schreiben (z.B. Plantagen, Abholzung, Landrechte usw.). Anschliessend vergleichen, ergänzen.
- Auf einer Karte (z.B. google maps, Satellitenbild) Borneo/Indonesien zeigen bzw. suchen lassen: Wo liegt diese Region? Vergleich mit der Schweiz? Was kann man aufgrund des Luftbilds zur Vegetation sagen? Versuchen zu erkennen, wo es Wald hat und wo Plantagen.
- Nach dem Dorf Tanah Putih, Telawang, in Zentralkalimantan suchen, wo Pia und Mogi wohnen: Was kann man auf dem Satellitenbild erkennen?
- Zum Vergleich den Kleinstaat Brunei im Norden von Borneo anschauen: dort gibt es fast nur Urwald und keine Plantagen. Weshalb? Den Unterschied zum angrenzenden Malaysia beschreiben.

Impuls «Auswirkungen der Palmölproduktion»

Zeitbedarf: 1 Lektion

Material: Beschriftete A4-Blätter, Schreibstifte

Die Lehrperson schreibt die untenstehenden

Stichworte je auf ein A4-Blatt (je nach Niveau der SchülerInnen die zu anspruchsvollen Begriffe weglassen). Die Blätter werden im Raum verteilt, die gehen herum und notieren ohne zu sprechen zu denjenigen Begriffen, zu denen ihnen etwas einfällt, welche Auswirkungen die Palmölproduktion für das jeweilige Stichwort hat. Sie können auch Kommentare ihrer Klassenkameradinnen ergänzen, bestätigen respektive diesen widersprechen.

Stichworte:

Pia und Mogi – Indigene Bevölkerung – Orang Utans – Wald/Biodiversität – Boden – Fisch in einem indonesischen Bach – Klima – Regierung Indonesiens – Investoren, Palmölfirmer – Lebensmittelproduzenten – Nutella-Fabrikant – Lippenstiftproduzent – Schweizer Bauern – Ärztin – Unsere Gesundheit – Schweizer PolitikerInnen – AutofahrerIn – TouristIn – Schweizer Gletscher – Umwelt-AktivistIn – eventuell weitere Stichworte/Akteure)

Anschliessend die Stichworte gruppieren (die SchülerInnen schlagen selber Kategorien vor, z.B. Umwelt, Wirtschaft, Soziales; oder: Indonesien, Schweiz, o.a.). Besprechung im Plenum: Sind alle wichtigen Punkte erfasst? Gibt es Widersprüche/unterschiedliche Ansichten? Hätte man die Gruppen anders machen können? Wo gibt es Zusammenhänge/Vernetzungen? Betonen, dass die Palmölproduktion zahlreiche miteinander verknüpfte Folgen für die Natur, die Menschen und die Wirtschaft hat, und zwar sowohl lokal in Indonesien als auch global – auch die Schweiz und wir als KonsumentInnen sind involviert. Zudem prallen unterschiedliche Interessen verschiedener Akteure aufeinander, die es gegeneinander abzuwägen gilt.

Vorschlag für eine Lernkontrolle:

A) Brief an Pia

Am Ende des Films sagt Pia:

«Das Palmöl ist unser Verderben. Natürlich braucht ihr da drüben in Europa auch Fett, aber könnt ihr nicht Öl aus eurem Land essen? Das ist die Botschaft, die ich euch schicken möchte. Vielen Dank, dass ihr mir zuhört.»

Schreibt einen Brief an Pia und Mogi, in dem ihr auf Pias Frage eingeht. Der Brief sollte folgende Punkt enthalten:

- kurze Beschreibung, wer ihr seid, wo ihr wohnt, was ihr gerne macht;
- was ihr über Palmöl wisst bzw. durch den Film gelernt habt (Vor- und Nachteile);
- weshalb es möglich bzw. nicht möglich ist, dass ihr «nur Öl aus eurem Land essen könnt»;
- ob ihr eine Idee habt, wie ihr Pia helfen könntet.

B) Brief an den Bundesrat

Nachdem ihr den Film gesehen habt, schreibt ihr einen Brief an den Bundesrat. Der Brief sollte folgende Punkte enthalten:

- Zusammenfassung der Informationen aus dem Film;
- Begründung, warum ihr euch an den Bundesrat wendet;
- Ideen und Vorschläge, was die Schweiz (auf verschiedenen Ebenen) zur Verbesserung der Situation von Pia und Mogi tun könnte. ■

Palmöl aus Indonesien. Dokumentarfilm von Inge Altmeier, Deutschland 2010/2016, 8 Minuten.

Alter und Zielgruppe: ab 10/12 Jahren; Zyklus 2 und 3, Sek II, Berufsbildung.

Sprachen: Deutsch, Französisch. Der Film ist auf der Sammel-DVD «Ein Menü für die Zukunft» mit weiteren Filmen zum Thema Ernährung und Nachhaltigkeit sowie auf dem VOD-Portal zur Miete (Streaming) verfügbar.

VOD-Portal: www.filmeeinenweltvod.ch

Die vollständigen Unterrichtsimpulse, Hintergrundinformationen und Kopiervorlagen finden Sie auf der Webseite

www.education21.ch.



Löhne, Integration, Kultur: Viele Herausforderungen!

Ein Interview mit der neuen Regierungsrätin Christine Häslér. Von Béatrice Stucki

Frau Häslér, Sie sind seit 1. Juni Erziehungsdirektorin des Kantons Bern. Wie haben Sie den Wechsel in das Exekutivamt erlebt?

Ich habe mich auf meine Aufgabe in der Erziehungsdirektion gefreut und sie mit grosser Zuversicht und Energie in Angriff genommen. Gleichzeitig bin ich mir bewusst, dass komplexe Herausforderungen auf uns zukommen werden. Meine Erkenntnis nach den ersten Monaten ist: Die beiden Häuser Bildung und Kultur stehen auf einem soliden Fundament und die Themen sind gut aufgegleist.

In einem Interview stimmten Sie zu, dass die Löhne der Volksschullehrpersonen angehoben werden müssten. In welchem zeitlichen Rahmen möchten Sie dies umsetzen?

Im Grundsatz ist das Anliegen sowohl im Regierungsrat wie auch im Grossen Rat anerkannt. Die Finanzsituation des ganzen Kantons muss jedoch mitberücksichtigt werden. Ich werde mich dafür einsetzen, dass wir möglichst rasch handeln können.

Der Lehrplan 21 ist seit Schulbeginn dieses Jahr im ganzen Kanton gültig. Wie sind die Rückmeldungen der Schulen und der Eltern?

Es gibt viele gute Rückmeldungen. Für die Einführung des Lehrplans 21 geben wir den Schulen Zeit bis 2022. Seitens der Erziehungsdirektion unterstützen wir die Schulen bestmöglich via Schulaufsicht und PHBern.

Es ist mir bewusst, dass diese Umstellung für die Lehrpersonen nach wie vor eine grosse Arbeit bedeutet. Ich schätze das Engagement und die geleistete Arbeit sehr!

Der VPOD unterstützt die Forderung nach einer Schule ohne Noten. Wie stehen Sie dazu?

Eine Schule ohne Noten ist aus meiner Sicht politisch nach wie vor nicht mehrheitsfähig. Aber: im Rahmen des Pädagogischen Dialogs sind wir offen und gerne bereit, Schulen, welche sich in diese Richtung entwickeln wollen, zu unterstützen. Wichtig dabei ist, dass die Schulen vor Ort die Behörden, die Eltern und natürlich auch alle Lehrpersonen «ins Boot» holen. Es braucht das Commitment aller Beteiligten.

Sehen Sie eine Chance, die Inklusion, trotz Spardruck, zu fördern?

Mit dem Projekt REVOS 2020 (Sonderschulen zur Erziehungsdirektion) zeigen wir deutlich, dass Sonderschulbildung auch Bildung ist. Schülerinnen und Schüler mit einer Beeinträchtigung können sowohl integrativ wie auch separativ bestmöglich unterstützt werden. Diesen zwar anspruchsvollen, aber auch erfolgreichen Weg wollen wir in Zukunft weitergehen.

Universität und Fachhochschulen erhielten mehr Autonomie. Dies hat den Druck auf die Arbeitsbedingungen und die Drittmittelbeschaffung erhöht. Was kann der Kanton unternehmen, um dem entgegenzuwirken?

Die erhöhte Autonomie der Berner Hochschulen bewährt sich. Unsere Hochschulen sind bei der Einwerbung von Drittmitteln vor allem aus der Forschungsförderung des Nationalfonds, von Innosuisse und aus den Europäischen Forschungsprogrammen im gesamtschweizerischen Vergleich ausgesprochen erfolgreich.

Der Kanton muss sich aber weiterhin dafür einsetzen, dass seine Hochschulen von stabilen und verlässlichen finanziellen Rahmenbedingungen ausgehen können und über klare Spielregeln für Drittmittel verfügen. Ein wichtiger Erfolgsfaktor für die Berner Hochschulen aber sind sicher gute, verlässliche Arbeitsbedingungen, denn als öffentliche Anstalten untersteht ihr Personal den Leitplanken des kantonalen Personalrechts.

Zu Ihrer Direktion gehört auch die Kultur. Wo gibt es da Handlungsbedarf aus Ihrer Sicht? Auch hinsichtlich Finanzierung und damit verbunden der Arbeitsbedingungen in diesem Bereich?

Die Kulturschaffenden arbeiten vielfach unter prekären Verhältnissen und der finanzielle Druck ist sowohl bei freien Künstlerinnen und Künstlern wie auch bei den Institutionen in aller Regel gross. In unserer Kulturförderung achten wir darauf, dass bei unterstützten Projekten die von den Verbänden empfohlenen Gagen eingehalten werden. Selbstverständlich gilt das auch für die subventionierten Kulturinstitutionen.

Der Kanton liegt jedoch mehr als 20 Prozent unter dem schweizerischen Mittel der Pro-Kopf-Ausgaben für die Kulturförderung. Das heisst: die Mittel sind sehr knapp. Aber ich finde die Qualität und Vielfalt des Kulturschaffens höchst beeindruckend.

Frau Regierungsrätin Häslér, wir danken Ihnen herzlich für dieses Interview und wünschen Ihnen viel Erfolg und Erfüllung in Ihrem Amt. ■

Lösung Tagesschulen



Tagesschulen haben viele Vorteile, doch auch wenn sich diese Einsicht zunehmend durchsetzt, gilt es für deren Einführung noch viele Widerstände zu überwinden. Von Kerstin Wenk

In Basel-Stadt gab es bereits während über 20 Jahren diverse Tagesschulen. Diese wurden im Rahmen von Harnos aufgelöst. Heute kennt Basel-Stadt die Tagesschule nur noch bei den Spezialangeboten. 2011 wurde die Initiative «Tagesschulen für mehr Chancengleichheit» von der Stimmbevölkerung klar verworfen. Die Forderung nach obligatorischen Tagesschulen ging der Bevölkerung offensichtlich zu weit. Viele Eltern empfanden dieses System als zu einschränkend.

Nun nimmt die Politik auf Grund der Erfahrungen mit dem heutigen modularen System der Tagesstrukturen einen neuen Anlauf für die Einführung einer Tagesprimarschule und einem Tageskindergarten. Gründe dafür sind einerseits, dass für die Menschen eine grösstmögliche Erwerbskontinuität über alle Lebensphasen hinweg sichergestellt werden soll. In diesem Sinne gehört die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu den zentralen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen.

Vorteile liegen auf der Hand

Das derzeitige Angebot der Kinderbetreuung in Basel-Stadt ist sehr vielfältig: Da gibt es Tagesstrukturen, Mittagstische mit und ohne Nachmittagsbetreuung, Tagis, Tagesferien – und diverse Mischformen. Die einen haben in den Ferien geöffnet, andere sind geschlossen. Trotz der Vielfalt decken die heutigen modularen Angebote der Tagesstrukturen die Bedürfnisse aller Eltern und Kinder

nicht ab. Im Einzelfall sieht alles ganz anders aus. Die Koordination von einzelnen Angeboten ist eine grosse Herausforderung für die Eltern und bedeutet auch einen permanenten Wechsel für das Kind. Ebenso stellen für die Lehrpersonen die vielen verschiedenen Möglichkeiten mit all ihren Schnittstellen eine Herausforderung in ihrem Arbeitsalltag dar.

Eine Lösung dazu wäre die Einführung von Tagesschulen, die die Abstimmung von Betreuung und Unterricht gewährleisten. Als organisatorische Einheit würden diese sicherstellen, dass die Kinder stets am gleichen Ort in der Schule sind und hätten dazu noch dieselben Bezugspersonen. Die Erfahrungen aus den früheren Tagesschulen in Basel zeigen, dass auch gerade Kinder mit «Ein-Elternbeziehungen» diese Form sehr schätzen. Eine grosse Kontinuität, klare Strukturen helfen Kindern besser sich zu orientieren und bringen mehr Ruhe in den oft schon sehr hektischen Alltag. Tagesschulen bieten Verlässlichkeit, professionelle Qualität und Bildungsgerechtigkeit.

Auch in Baselland beschäftigt man sich immer wieder mit der Tagesschule. Auch hier wird diese als zusätzliche Alternative eingeschätzt. Die Tagesschulen auf Primarstufe könnten im Kanton Baselland regional eingerichtet werden. Auch sollte untersucht werden, ob es sich lohnen würde, eine oder zwei Tagesschulen auf Sekundarstufe einzurichten (eine eher im oberen und eine im unteren Kantonsteil). Denn auch in Baselland ist man davon überzeugt, dass Tagesschulen die Familien unterstützen, die auf eine regelmässige Tagesbetreuung ihrer schulpflichtigen Kinder angewiesen sind. Die Tagesschulen können aber auch eine wichtige pädagogische und erzieherische Funktion haben.

Politische Überzeugungsarbeit nötig

In der Region Basel gibt es jedoch noch viel politische Überzeugungsarbeit zu leisten. Im Landrat (BL) wurde der politische Vorstoss für die Einführung von Tagesschulen abgelehnt. Und auch der Grosse Rat (BS) hat eine entsprechende Motion mit nur einer Stimme mehr an den Regierungsrat überwiesen.

In den meisten europäischen Ländern sind dagegen Tagesschulen die Regel. Sie entlasten die Familien, indem Kinder nicht zu Hause noch die Hausaufgaben erledigen müssen. Damit vergrössern sie die Chancengleichheit, weil Schülerinnen und Schüler nicht mehr abhängig sind von den Unterstützungsmöglichkeiten ihrer Eltern. Es erstaunt daher schon sehr, dass vor allem in bürgerlichen Kreisen eine so konservative respektive kritische bis ablehnende Haltung zu den Tagesschulen besteht. ■

Kerstin Wenk ist als VPOD-Regionalsekretärin in Basel für den Bildungsbereich zuständig.



Tickt Basel anders?

Gute Arbeitsbedingungen für gute Bildung: regionales Fazit einer landesweiten Kampagne.

Von Kerstin Wenk

Der vpod Schweiz startete im März 2018 an der Verbandskonferenz «Bildung Erziehung, Wissenschaft» in Neuchâtel die landesweite Kampagne für gute Arbeitsbedingungen an den Schulen.

Der vpod region basel beteiligte sich an der Kampagne und reichte auch kantonal eine entsprechende Petition in Basel-Stadt ein.

Anhörung und Austausch

Im November wurde der vpod region basel sodann zu einem Hearing in die kantonale Petitionskommission eingeladen, um seine Anliegen persönlich vorzustellen und darzulegen. Die ebenfalls zum Hearing eingeladenen Vertreter der Volksschulleitung teilten dort die Einschätzung, dass Schulklassen heute eine grössere Heterogenität aufweisen und sich der Schulalltag zunehmend komplexer gestaltet. Sie hielten aber fest, dass aus diesem Grund bereits ein breites Angebot an Unterstützungsmassnahmen zur Verfügung stehe.

Bei den zunehmenden administrativen Aufgaben verwiesen sie darauf, dass generell und bei allen Berufsgruppen in diesem Bereich die Belastungen zunehmen. Dies sei aus ihrer Sicht eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Auch müssten immer mehr bestimmte Prozesse im Schulbetrieb juristisch abgesichert werden.

Zum Thema schnelle und unbürokratische Hilfe und Unterstützung in kritischen Situationen war man sich einig, dass wirksame Unterstützung wirklich schnell erfolgen müsse. Das Departement könne in Absprache mit den Schulen aber erst tätig werden, wenn eine entsprechende Meldung eintreffe, beziehungsweise die

Anträge vorliegen würden. Dringlichkeitsanträge seien im Kanton Basel-Stadt während dem ganzen Jahr möglich. Wenn ein Antrag vorliegen würde, gäbe es einen Entscheid innerhalb von drei bis vier Wochen.

Sprachlosigkeit zwischen Erziehungsdepartement und Lehrpersonen

Die Petitionskommission hält in ihrem Bericht fest, dass für Massnahmen bei den Lehrpersonen auch tatsächlich eine Not bestehen müsse. Da es sich aber um eine gesamtschweizerische Petition handle, träfen die Forderungen nicht vollständig auf den Kanton Basel-Stadt zu. Auch schreibt die Kommission in ihrem Bericht, dass beide Seiten eigentlich mit ihren Anliegen gar nicht so weit auseinanderliegen würden. Sie hält aber fest, dass die Kommunikation zwischen dem Erziehungsdepartement und den Lehrpersonen verbessert werden müsse.

Unsere Erkenntnisse aus diesem Vorstoss sind einerseits, dass eine gesamtschweizerische Petition zu einem Thema mit unterschiedlichen kantonalen Gegebenheiten nicht sehr sinnvoll ist.

Andererseits gibt es aber tatsächlich auch ein strukturelles Kommunikationsproblem. Die schwierigen Themen werden oft nur in den Schulen selbst angesprochen und nicht nach aussen getragen. Damit verlässt man auch die Chance, etwas ändern zu können. Unter diesen Umständen können nicht einmal bestehende, sinnvolle Unterstützungsangebote genutzt werden. Denn welche Schulleitung wird ihrem Vorgesetzten freiwillig Bericht erstatten, wenn es an ihrer Schule nicht ganz so rund läuft, wie es eigentlich sollte? ■

FRAUEN*STREIK!



MACH MIT ! JEDE FRAU IST WILLKOMMEN !

WWW.FRAUENSTREIK19.CH

vpod  **ssp**

Die starke Gewerkschaft im Service public

Save the Date!

Am Samstag, den 7. September 2019
veranstaltet der VPOD in **Bern** die nationale
**Fachtagung «Geflüchtete – Bildung,
Integration und Emanzipation».**

Anhand von Inputreferaten, Diskussionen und Workshops nehmen wir an der Tagung eine kritische Bestandsaufnahme der aktuellen Situation von Geflüchteten und von deren Bildungsmöglichkeiten vor. Gemeinsam werden wir Forderungen an die Politik erarbeiten, wie das Recht auf gleichwertige Bildung für alle durchgesetzt und die Diskriminierung von Geflüchteten verhindert werden kann.

Der VPOD organisiert die Tagung zusammen mit Solidarité sans frontières. Getragen wird die Tagung von den VPOD-Verbandskommissionen Migration, Bildung und Sozialbereich sowie insbesondere vom Projekt interkulturelle Bildung (PiB).

Eingeladen sind alle interessierten Fachpersonen aus dem Bildungs- und Sozialbereich, Politik und Wissenschaft sowie engagierte AktivistInnen.

Die Tagung findet am Samstag, den 7. September von 9:30 bis 17:00 Uhr auf dem Campus Muristalden in Bern statt. Tagungssprachen sind Deutsch und Französisch (mit Simultanübersetzung).

Die Teilnahmegebühr beträgt für VPOD-Mitglieder Fr. 50.- (Geringverdiener Fr. 20.-, Nichtmitglieder Fr. 100.-). Verpflegung (Mittagessen und Getränke) sind im Teilnahmebeitrag enthalten.

Anmeldung unter:
<https://vpod.ch/kalender/2019/09/fluechtlinge-tagung/>